

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46.  
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 80 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vorwärts, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 214.

Donnerstag, den 12. September 1912.

19. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

## Ist die Fleischsteuerung eine internationale?

In der letzten Sitzung der Lübecker Bürgerschaft wurde von mehreren Rednern die Behauptung aufgestellt, daß die Fleischsteuerung eine internationale sei. Diese Herren wollten dadurch beweisen, daß die herrschende Steuerung nicht ein Produkt der in Deutschland betriebenen agrarischen Wirtschaftspolitik sei. Wie falsch ihre Auffassung von der internationalen Steuerung ist, das hätten sie u. a. aus den Vierteljahrsheften des Reichsstatistischen Amtes sehen können. In diesen Heften ist schätzenswertes Material für internationale Vergleiche zur Fleischsteuerung vorhanden. Die internationale Bewegung der Fleischpreise ist nach der Reichsstatistik Quartal um Quartal, ja sogar monatlich zu verfolgen für Österreich, Ungarn, Frankreich, Holland, Dänemark und England. Es kommen, neben den an derselben Stelle und nach derselben Methode behandelten deutschen Hauptnotierungsplätzen die Plätze Wien, Budapest, Paris, Rotterdam, Kopenhagen und London in Betracht. Wir stellen an der Hand der amtlichen Statistik im einzelnen folgende Charakteristika fest, die die generell hingeworfene Behauptung Lügen strafen. Die Notierung gilt immer für das erste Quartal des Jahres.

1. Berlin: Der Doppelzentner (Dz.) Schlachtgewicht stieg seit 1909 für Ochsen 1. Qualität (es werden einheitlich auch im folgenden nur die ersten Qualitäten notiert) von 143,8 Mark auf 156,3 Mark in 1911 und auf 168,7 Mark in 1912; für Rälber von 182,3 Mark auf 210,2 Mark; für Schafe von 134,2 Mark auf 154,9 Mark. Der 1909er Schweinepreis war sehr hoch, 134 Mark; er fiel 1911 auf 114,1 Mark, um seit einem Jahre aber wieder auf 133,9 Mark im März emporzuschwellen und inzwischen noch weiter zu steigen. Überall also, namentlich seit 1911, eine ungemeine ausnahmslose Verteuerung!

2. Wien. Der Preis für den Doppelzentner Lebendgewicht fiel seit 1911, während er bei mehreren Viehartens leise angehtiegen war (so bei deutschen Mastochsen von 93,6 Mark auf 94,8 Mark), bei Mast- und Bauernvieh von 71,2 Mark auf 70,3 Mark, fiel bei Stieren von 77,6 Mark auf 73,3 Mark, fiel bei Rülhen von 73,6 Mark auf 71,4 Mark, fiel bei Schweinen von 125,4 Mark auf 115,3 Mark.

3. Budapest. Der Doppelzentner (hier gilt dieselbe Zwischenbemerkung wie bei Wien, doch sind die Differenzen stärker), fiel seit 1911 bei Stieren von 73,0 Mark auf 71,4 Mark, fiel bei Schweinen von 140,8 Mark auf 127,5 Mark.

4. Paris. Der Doppelzentner Fleischgewicht fiel seit 1911 bei Ochsen von 155,8 Mark auf 148,7 Mark, fiel bei Rälbern von 209,3 Mark auf 199,9 Mark, fiel bei Schafen von 199,3 auf 199,1 Mark, stieg dagegen nur bei Schweinen, hier allerdings bedeutend, von 153 auf 171,7 Mark im März, also um 18,7 Mark, in Berlin um 19,8 Mark. Das Schweinefleisch spielt in Frankreich aber bei weitem nicht die Rolle in der Volksernährung, wie bei uns.

5. Rotterdam. Der Doppelzentner Schlachtgewicht stieg seit 1911 bei Ochsen unwesentlich, von 132,1 Mark auf 132,4 Mark, bei Hammeln blieb er gleich (94,1 Mark), stieg bei Rälbern von 206,0 Mark auf 212,8 Mark, also um 5,2 Mark (Berlin um 27,9 Mark), stieg bei Schweinen von 91,1 Mark auf 100,5 Mark, fiel aber im März wieder auf 100,0 Mark, während er in Berlin allein von Februar auf März um 12,1 Mark stieg. Dabei waren selbstredend die Rotterdammer Preise ganz wesentlich durch die deutsche Steuerung „angeregt“ worden.

6. Kopenhagen. Der Preis für den Doppelzentner Schlachtgewicht fiel bei Schweinen von 106,2 Mark auf 93,6 Mark, während er in derselben Zeit in Berlin um 28,9 Mark stieg, Differenz also 31,5 Mark! Der Preis stieg bei Ochsen von 110,2 Mark auf 121,0 Mark, stieg bei Rälbern von 130,1 Mark auf 139,3 Mark. Für Kopenhagen gilt die selbe Bemerkung wie für Rotterdam. Auch wurde viel nach der Schweiz importiert.

7. London. Wir berücksichtigen hier nur einheimisches Fleisch. Der Doppelzentner Fleischgewicht fiel bei Schweinefleisch von 136,6 Mark auf 118,6 Mark, fiel bei Hammelfleisch von 123,9 Mark auf 123,3 Mark, stieg bei Kalbfleisch (das in England nur wenig genossen wird) von 154,4 Mark auf 156,8 Mark, also um 2,4 Mark. (in Berlin um 27,9 Mark!), stieg bei Rindfleisch von 109,8 Mark auf 122,7 Mark, nachdem es sich aber 1909, 1910 und 1911 fast auf derselben Höhe gehalten hatte, während es in Berlin seit 1909 ununterbrochen teurer wurde.

Von ausländischem Fleisch war das in England geschlachtete amerikanische Rindfleisch von 1909 bis 1911 andauernd im Preise gesunken, von 113,3 Mark auf 108,4 Mark, um im Januar 1912 auf 123,1 Mark emporzuschwellen, dann aber im Februar wieder nachzugeben und im März um 0,7 Mark anzuspinnen. Das gefrorene argentinische Rindfleisch zog seit 1911 ebenfalls etwas (um 4,8 Mark) an, um aber seit Februar wieder von 74,7 Mark auf 72,5 Mark nachzulassen. Argentinisches Hammelfleisch, gefroren, war seit 1911 um 1,5 Mark gestiegen, fiel aber von Januar bis März 1912 wieder von 68,6 Mark auf 66,5 Mark, ebenso fiel das australische von 66,6 Mark auf 63,4 Mark, fiel das neuseeländische von 84,7 Mark auf 78,5 Mark und zwar nicht unregelmäßig, sondern mit konstanter Ruhe.

8. Schweiz. Nach den Notierungen der schweizerischen Städte haben die 1912er Fleischpreise gegen 1911 so gut wie gar keine Veränderung erlitten.

Fassen wir das Resultat zusammen, so sehen wir ein unheimliches Anschwellen der deutschen Viehpreise, und zwar, wenn wir das Schweinefleisch seit 1911 bis heute verfolgen, ausnahmslos für alle Fleischsorten.

Dagegen tritt uns im Ausland ein völlig anderes Bild entgegen: teilweise eine bedeutende Verbilligung, teilweise eine nur mäßige Anschwellung, als Seltenheit hier und da eine merkliche Unspannung. Das unter diesen Umständen von einer internationalen Fleischsteuerung nicht gesprochen werden kann, liegt auf der Hand. Damit ist aber auch einer der Haupteinwände gegen die Forderungen der sozialdemokratischen Bürgerschaftsfraktion in bezug auf die Fleischsteuerung hinjällig geworden.

Es bleibt dabei: Die herrschende Steuerung ist eine Folge der in Deutschland zugunsten einer verhältnismäßig kleinen Zahl von Großgrundbesitzern betriebenen agrarischen Wirtschaftspolitik. Wer die Steuerung ernstlich bekämpfen will, der muß deshalb auch den Kampf aufnehmen gegen diese Politik und ihre Träger, gegen Sunker und Sunkerknechte!

## Die Steuerung.

Zu einem allgemeinen Butterkriege in ganz Niederdeutschland hat eine große Versammlung in Liegnitz am Montagabend das Signal gegeben. Da sich die Händler unter dem Schutze der Polizei nur Preistreiberien zuschulden kommen ließen, wurde auf Anregung von 22 Städten beschlossen, den Einkauf aller Molkereiprodukte bis zum 28. September zu unterlassen. Der Kampf richtet sich in erster Linie gegen die von Großagrarier gebildeten Molkereien, die auf dem Markt preisbildend auftreten. Wie sehr die Butterkriege vom Parteistandpunkt unabhängig sind, geht daraus hervor, daß der letzte in Müllrich, in einer Hochburg Heydenbrands, ausgefochten wurde, wo es organisierte Arbeiter so gut wie garnicht gibt. Es gelang dort, den Preis auf 1,10 Mark für das Pfund herabzubringen.

Das Bürgervorsteherkollegium (Stadtverordnete) in Linden, Hannover, ist, soweit man sehen kann, die einzige Gemeindekörperschaft, die mit Schöpffenstedter Unvernunft der Steuerung gegenübertritt. In der letzten Sitzung stellte der einzige sozialdemokratische Vertreter Genosse Sporleder den Antrag, das Bürgerkollegium möge den Magistrat ersuchen, „umgehend eine Petition an den Bundesrat und das Staatsministerium zu richten, mit der Bitte, geeignete Maßnahmen zu treffen, um dem bis zur Unerträglichkeit angewachsenen Notstand der Bevölkerung Lindens Einhalt zu tun.“ Diesen Antrag hat das in seiner Mehrheit aus politisch beschränkten Pfahlbürgern und reichsverbändlerischen Nationalliberalen zusammengesetzte Bürgerkollegium gegen fünf Stimmen abgelehnt. Und daß, trotzdem die Stadt Linden fast ausschließlich eine Arbeiterstadt ist, deren ganze kommunalwirtschaftliche Entwicklung auf der Arbeiterschaft beruht. Leider ist es nicht möglich, der Arbeiterschaft einen größeren Einfluß in der Stadtverwaltung zu erringen, weil die hannoversche Städteordnung nur die Bürgergemeinde kennt, und die Erwerbung des Bürgerrechts 100 Mk. (!) kostet. Wie stark sonst die politische Bedeutung der Arbeiterschaft in Linden ist, geht ja daraus hervor, daß Linden neben Berlin der bisher einzige preussische Landtagswahlkreis ist, der einen sozialdemokratischen Abgeordneten (Gen. Leinert) ins preussische Abgeordnetenhaus sendet. Um so grotesker erscheint die Haltung des Bürgerkollegiums, dem für die Notlage der Arbeiterschaft, die auch in Linden besonders groß ist, jede Empfindung fehlt.

Der sozialdemokratische Verein in Köln hatte durch eingehend motivierte Anträge von der Stadt Maßnahmen gegen die Fleischsteuerung verlangt. In großen Volksversammlungen wurde eine Deputation gewählt, die mit der städtischen Verwaltung verhandelt hat. Die Stadtverwaltung hat nun eine Denkschrift ausgearbeitet, die der näch-

sten Stadtverordnetenversammlung eine ganze Anzahl von Vorschlägen macht, die sich zumeist im Rahmen der sozialdemokratischen Anträge bewegen und einen bedeutenden Erfolg unserer Kölner Genossen darstellen, die übrigens dank dem Dreiklassenwahlsystem keinen einzigen Vertreter im Rathause haben. Die Denkschrift der Stadtverwaltung gibt die Fleischnot in ihrem ganzen Umfange zu. Zwischen den Zeilen wird immer wieder die agrarische Zoll- und Grenzsperrpolitik für die Not verantwortlich gemacht. Es liege „eine außerordentliche Fleischsteuerung“ vor, die sich noch verschärfen und die nicht von kurzer Dauer sein werde.

Zur Abhilfe verlangt die Denkschrift von den Regierungen vorübergehende Aufhebung oder Ermäßigung der Zölle auf frisches und auf gefrorenes Fleisch, Ermäßigung der Frachtsätze für Vieh und Fleisch. Weiter wird verlangt: „Zunächst ist die einschlägige Statistik weiter auszuarbeiten und die Möglichkeit einer Förderung der Produktion durch Neubarmachung der Kolonien und die Förderung der Errichtung von Großmältereien auf genossenschaftlicher Grundlage ins Auge zu fassen. Die Untersuchung würde sich auch auf den Einfluß des Zwischenhandels und der großen privaten Schweinemältereien, sowie der Zoll- und Seuchengesetzgebung auf die Preisbildung zu erstrecken haben.“ Weiter sagt die Denkschrift: Die Stadtverwaltung beabsichtige, frisches Rindfleisch in großen Mengen anzukaufen und den Kölner Schlächtern unter Berechnung des Selbstkostenpreises zum Weiterverkauf zu bestimmten Preisen zu überlassen. In erster Linie kommt hierfür dänisches Rindfleisch in Betracht. (Die Kölner Ochsen-Mehgerinnung hat sich bereits notgedrungen bereit erklärt, das von der Stadt zu beschaffende Fleisch zu einem von der Stadt festgesetzten Preise zu verkaufen, der den Schlächtern einen Gewinn von 6 Pfg. pro Pfund zumeist, wodurch das Fleisch um 20 Pfg. billiger zu haben ist als gegenwärtig.) Dann fordert die Denkschrift verstärkte Einfuhr australischer Kaninchen sowie ausländischen Geflügels durch Vermittlung der Stadt.

Der Gemeinderat der Stadt Straßburg wird sich in seiner nächsten Sitzung mit der Fleischsteuerung befassen. Von der dazu eingesetzten Kommission werden dem Gemeinderat u. a. vorge schlagen: Veruchsweise Einfuhr von Gefrierfleisch, Einrichtung einer städtischen Mastanstalt für Schweine und sofortige Inangriffnahme der Vorarbeiten zur Gründung einer Viehmarktsbank, die den Metzger Kredit vermitteln soll.

Auf dem städtischen Schlachthof in Berlin sind, wie die „Allgemeine Fleischer-Zeitung“ mitteilt, im vorigen Monat August 2564 Kinder, 3162 Rälber und 7320 Schweine weniger geschlachtet worden, als in demselben Monat im Vorjahre. Auch die Zufuhr von frischem Fleisch von auswärts nach der Fleisch-Großmarkthalle hat erheblich nachgelassen.

In Linden, Hannover, fanden am Dienstagabend zwei sehr stark besuchte Versammlungen gegen die Steuerung statt. Es wurde die übliche Resolution angenommen. Die Arbeiterschaft Augsburger protestierte in einer von 2500 Personen besuchten Versammlung gegen die Aushungerungspolitik. Die Versammlung nahm einstimmig eine Resolution mit den bekannten Forderungen an. Auch in Lechhausen protestierte eine Versammlung gegen die Steuerung.

In den Unterwejerorten fanden drei große Versammlungen statt, die zur Steuerung Stellung nahmen. In Bremerhaven allein waren 2500 Personen versammelt. In den Vororten Wulsdorf und Schiffdorferdamm wurden gleichfalls Protestversammlungen abgehalten.

Zwei überaus stark besuchte Versammlungen in Freiburg i. Br. protestierten gegen die Steuerung und stellten die üblichen Forderungen zur Bekämpfung der Hungersnot auf. Ein Antrag, sofort den Fleischbottich zu verhängen, wurde abgelehnt.

Am Dienstagabend haben die christlichen Gewerkschaften in Köln eine Versammlung abgehalten, in der der Redakteur der M.-Glabacher „Westdeutschen Arbeiter-Zeitung“, Soos, und der christliche Gewerkschaftsführer Stegerwald sprachen. Nach reichlichen Verunglimpfungen der sozialdemokratischen Protestbewegung sahen sich die beiden Herren doch genötigt, die Annahme einer Resolution herbeizuführen, die von Regierung und Kommunen Maßnahmen gegen die Fleischsteuerung verlangt.

In Kiel fanden fünf Protestversammlungen gegen die herrschende Steuerung statt, die von etwa 5000 Personen, darunter viele Frauen, besucht waren.

Starkbesuchte Protestversammlungen gegen die Steuerung fanden auch in Metz und in Kolmar statt.

In einer ganzen Reihe von Orten in der Oberlausitz und in der Umgebung von Dresden fanden Protestversammlungen gegen die Steuerung statt. Sie waren alle sehr gut besucht. Es wurde eine entsprechende Resolution angenommen.

# Politische Rundschau.

## Deutschland.

### Reichsregierung und Fleischsteuerung.

Im Reichsamt des Innern hat am Mittwoch eine Konferenz stattgefunden, an der u. a. Staatssekretär Dr. Delbrück und Landwirtschaftsminister v. Schorlemer teilgenommen haben. Es handelte sich darum, die Richtlinien für den Vortrag festzustellen, der dem Reichskanzler über die Fleischsteuerung gehalten werden soll. Wie der „Berliner Lokal-Anzeiger“ hört,

ist man zu der Überzeugung gelangt, daß eine Aufhebung des bekannten § 12 des Fleischbeschaugesetzes unmöglich geworden ist. Die Industrie habe es dahin gebracht, daß sie ohne Entfernung der im genannten Paragraphen aufgeführten Teile Fleisch in gefrorenem Zustande aus Argentinien und Australien nach Deutschland zu importieren vermöge, und die Reichsbehörden wollen sich auch bereits darüber vergewissern haben, daß die Industrie in der Tat in einer für die Gesundheit des Fleisches gefahrlosen Weise diese Einfuhr zu bewerkstelligen vermöge.

Die Regierung wird also nichts gegen den Notstand unternehmen, weder werden die Vieh- und Fleischzölle suspendiert, noch werden die Schifanen beseitigt, die der Einfuhr hemmend im Wege stehen. Die unverfrorene Drohung der „Deutschen Tageszeitung“ mit dem Unwillen der Agrarier hat gefruchtet. Der journalistische Sachwalter der agrarischen Lebensmittelmacher, Herr Dr. Vertel, traut der Festigkeit der Regierung anscheinend aber trotzdem noch nicht, er fährt deshalb am Mittwoch abend in seiner „Deutschen Tageszeitung“ das denkbar größte Geschütz auf, er droht der Regierung eine parlamentarische Niederlage an. Am Schluß seines Droh artikels sagt er nämlich:

„Zum Schluß mag noch gesagt werden, daß die Hoffnung, der Reichstag werde dem argentinischen Geiriesfleisch zuliebe die in Betracht kommenden Bestimmungen des Fleischbeschaugesetzes abändern, auf sehr schwachen Füßen steht. Die Rechte würde selbstverständlich dagegen sein, was Zentrum dürfte, wenn man seine frühere Haltung in Betracht zieht, nicht dafür zu haben sein, und die Nationalliberalen würden es sich, . . . stark überlegen, ob sie dafür eintreten würden. Die Regierung würde sich also, wenn sie wirklich das Undenkbare und Unbegreifliche tun sollte, voraussichtlich eine parlamentarische Schlappe zuziehen; sie würde für die Vinderung der jetzigen Steuerung nichts tun, wohl aber den Bauernstand nicht nur gefährden und schädigen, sondern . . . opfern. Das kann sie nicht wollen.“

Das schreibt dieselbe „Deutsche Tageszeitung“, die sonst dem Staatsbürger zumutet, unter allen Umständen sich der Autorität der Regierung zu fügen! Für das standalöse Treiben des agrarischen Blattes kann es nur die eine Bezeichnung geben: Agrarische Expreßpolitik!

### Reichstag und Lebensmittelsteuerung.

Die fortschrittliche Presse, wie z. B. die „Weiser-Zeitung“, tut sich außerordentlich viel darauf zugute, daß der bayerische Minister des Innern, Freiherr v. Eobens, angeben hat, die bayerische Regierung werde sich mit dem Bundesrat ins Einvernehmen setzen, um die Erleichterung der Einfuhr ausländischen Fleisches zu erreichen. Es wird dabei nur übersehen, daß in diesem Falle der § 12 des Fleischbeschaugesetzes abgeändert werden müsse, und eine Abänderung eines Gesetzes kann nicht einseitig durch den Bundesrat erfolgen, dazu ist die Zustimmung des Reichstags notwendig. Die fortschrittliche Reichstagsfraktion müßte demnach, dem Beispiel der sozialdemokratischen Fraktion folgend, beim Reichskanzler die sofortige Einberufung des Reichstages beantragen. Davon allerdings verläutet im fortschrittlichen Blätterwalde bisher noch nichts.

Der § 12 des Fleischbeschaugesetzes enthält die Schikanen, durch die die Einfuhr des Fleisches aus dem Ausland so gut wie unmöglich gemacht werden soll. Er bestimmt nämlich, daß Fleisch nur in ganzen oder halben Tierkörpern und in natürlichem Zusammenhang mit Lungen, Herz, Leber, Nieren, Euler, Brust- und Bauchfell eingeführt werden darf. Darin liegt aber nun die große Schwierigkeit, weil sich diese inneren Teile in der Regel nicht sehr lange halten. Sobald nun diese inneren Teile nicht ganz rein und adallos beizubehalten werden, wird das Fleisch von der Einfuhr zurückgewiesen. Der einfachste Weg wäre nun natürlich der, daß man auf die Vorschrift verzichtet würde, daß die inneren Teile noch organisch mit dem Tierkörper verbunden sein müssen, und wenn man sich demnach darauf beschränken würde, einfach das eingekochte Fleisch zu unterziehen. Die Agrarier legen aber den größten Wert darauf, daß gerade diese Bestimmung nicht geändert werde, weil sie am besten geeignet ist, ihnen die Konkurrenz vom Halbe zu halten. — Die „Deutsche Tageszeitung“ tritt auch der Mitteilung der „Allgemeinen Fleisch-Verwertung“ entgegen, die aus zuverlässiger Quelle erfahren haben will, daß die Regierung beabsichtige, den Zoll auf einige Futtermittel zu beseitigen oder zu erniedrigen. Das agrarische Blatt erklärt, daß ihm von einer solchen Absicht der Regierung nichts bekannt sei.

Das würde ja ein sich gegen die Richtigkeit der Meldung nichts beweisen, denn bei aller Abhängigkeit, in der sich die Regierung von den Agrariern befindet, ist doch wohl kaum anzunehmen, daß das Hörigkeitsverhältnis bereits so weit gediehen ist, daß die Regierung ihre Maßnahmen erst der „Deutschen Tageszeitung“ zur Begutachtung unterbreiten wird. Aber es ist zutreffend, daß auch hier die Mitwirkung des Reichstages notwendig ist. Das alles beweist aber nur, wie dringend nötig es ist, daß der Reichstag unverzüglich einberufen wird. Der Reichskanzler ist ja, Blättermeldungen zufolge, auf der Heimreise, nachdem er auf einer Jagd in Österreich schon noch einen Beschäftigten hat, und er wird nicht zögern können, der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion auf ihre Eingabe schleunigst eine Antwort zu erteilen. Wird der Reichstag nicht einberufen, dann besteht gar keine Möglichkeit, Mittel anzupressen, die eine bessere Versorgung des deutschen Volkes mit lebendem Vieh oder mit Fleisch aus dem Ausland gewährleisten.

## Politik und Armeec.

Im bayrischen Reichsrats-Ausschuß kam bei der Beratung des Militärretats der Kriegsminister v. Krefz auf die Stellung der Heeresverwaltung zur Sozialdemokratie zurück. Er wiederholte ungefähr, etwas schärfer akzentuiert, seine in der Abgeordnetenkammer abgegebenen Erklärungen: Die Heeresverwaltung habe selbstverständlich die Pflicht, darüber zu wachen, daß eine Werbung für sozialdemokratische Ideen bei den Heeresangehörigen nicht stattfindet. Er, v. Krefz, aber fügte diesmal eine interessante Bemerkung hinzu: Er gehe weiter und sage, daß die Heeresverwaltung auch die Pflicht habe, jedes Eindringen der Politik in die Armee überhaupt zu verhindern.

Das war unzweifelhaft eine Abweisung des vom Zentrum in der Abgeordnetenkammer unternommenen Versuches, die Armee zu klerikalisieren.

### Der preußische Wassergesetzentwurf

stößt anscheinend noch auf erhebliche Schwierigkeiten. Die Landtagskommission für das Wassergesetz ist soeben zu ihren Beratungen wieder zusammengetreten, um die zweite Lesung zu beginnen. Die preußische Regierung hat der Kommission nun eine Denkschrift unterbreitet, in der sie eine ganze Anzahl von Beschlüssen aus der ersten Lesung für unannehmbar erklärt. Diese Schwierigkeiten zwischen Kommission und Regierung werden noch vermehrt durch die Mobilmachung der Industrie. Der Zentralverband Deutscher Industrieller und verschiedener andere Unternehmerorganisationen aus Industrie und Handel haben am Montag in einer Versammlung, die von 300 Personen besucht war, zu dem Wassergesetzentwurf Stellung genommen. Nicht weniger als vier Resolutionen wurden gegen das Gesetz angenommen; die wesentlichste davon hat folgenden Wortlaut:

„Die Bestimmungen über das Privateigentum an der fließenden Welle bleiben unannehmbar. Die Konsequenzen dieser juristischen Fiktion sind insbesondere an den öffentlichen Strömen außerordentlich bedrohlich und an den Privatflüssen deshalb im höchsten Maße bedenklich, weil eine Verwirrung der Rechtsprechung dadurch herbeigeführt werden muß. Der Wasserzins ist auch in der von der Kommission vorgeschlagenen Form der Gebühren nach den §§ 106a bis 106b unbedingt abzulehnen. Einer jeden Ausgestaltung des Wasserrechts zu einer fiskalischen Einnahmequelle, die überdies der parlamentarischen Kontrolle entzogen wäre, muß angesichts der wachsenden Bedeutung der wasserwirtschaftlichen Interessen und, da die preußische Industrie dadurch schwächer gestellt würde als die der anderen Bundesstaaten, entschieden widersprochen werden. Falls der Beschluß der Kommission auf Einführung eines Wasserzinses in der zweiten Lesung dennoch aufrecht erhalten werden sollte, so muß unbedingt gefordert werden, daß neben den Interessen der Landwirtschaft auch den vitalen Interessen der Industrie, des Bergbaues und der Gemeinden Rechnung getragen und eine völlig gleiche Behandlung der landwirtschaftlichen und der industriellen Unternehmen, sowie der Gemeinden hinsichtlich dieser Belastung gewährleistet wird.“

### Die Ausbeutung des Volkes!

Arbeiter und Arbeiterinnen, merkt euch die Zahlen! Tragt weiter, was ihr von der Unterdrückung und Ausbeutung der Armen wißt!

Die Einnahmen aus Zöllen betragen 1908 549 Millionen Mark, sie sollen nach dem Etat 1912 699,3 Millionen bringen!

Die Branntweinsteuer ergab 1908 121 Millionen Mark, 1912 soll sie 195 Millionen Mark bringen!

Die Biersteuer brachte 1908 51 Millionen Mark, 1912 soll sie 122,1 Millionen Mark bringen! Tabak- und Zigarettensteuer brachten 1908 25,4 Millionen Mark, dies Jahr müßten sie 42,1 Millionen Mark bringen!

Leuchtmittel- und Zündwarensteuer bestanden 1908 überhaupt noch nicht, 1909, dem ersten Jahre ihrer Existenz, erbrachten sie 10,7 Millionen Mark, 1912 müßten sie 29,8 Millionen Mark erbringen!

So wird die Masse der Besitzlosen herangezogen, auf diese Art sammelt sich im Reichstaschel die Hunderte und Tausende von Millionen, die alljährlich für Heer, Flotte, Luftschiffe und Aeroplane ausgegeben werden. Einhundert- und zehnjährige Sozialdemokraten ist noch lange nicht genug. Seid lebendig, damit es noch mehr werden, 110 reicht für die Bethmann-Hollwege noch nicht!

### Schnöder Verdacht gegen die sächsische Regierung.

Der Verband sächsischer Industrieller beging die unerhörte Frivolität, die sächsische Regierung der Arbeiterfreundlichkeit zu verdächtigen. Diese undankbaren Unternehmer brachten es fertig, den sächsischen Behörden den Vorwurf zu machen, daß sie schwer oder überhaupt nicht zu bewegen seien, auf Grund der bestehenden Gesetze dem Arbeitgeber und dem Arbeitswilligen genügenden Schutz angedeihen zu lassen. Diese bodenlose Verleumdung konnte sich natürlich die sächsische Regierung nicht bieten lassen. Die sächsischen Regierungsblätter bringen eine scharfe Entgegnung, in der erklärt wird, daß jene Behauptung des Verbandes eine schwere öffentliche Beleidigung der sächsischen Behörden darstelle, die vollkommen unberechtigt sei und für die der Verband auch nicht den Schatten eines Beweises anführen könne. Die sächsischen Polizeibehörden hätten immer ihre volle Schuldbekanntheit gefast.

Wir können der sächsischen Regierung in diesem Falle nachhakenlos bestimmen und ihr befähigen, daß die Polizei nicht nur zum Schutze der Streikbrecher ihre „volle Schuldbekanntheit“, sondern noch weit, weit mehr getan hat. Höpftlich dient der sächsischen Regierung dies unser Zeugnis zum Trost für die Verleumdungen der Unternehmer.

### Die Junker drohen!

Unter dem Vorwand, die Bethmann-Hollwegische Regierung von dem Vorwurf zu befreien, daß sie sich in einem Hörigkeitsverhältnis zu den Agrariern, besonders

zum Bunde der Landwirte befinde, geht der Mann mit der Kognakmarke in der „Deutschen Tageszeitung“ zu Drohungen gegen die Regierung über. Er will den Spieß nicht umdrehen und der Regierung Hörigkeit gegenüber der Industrie und dem Handel verweigern:

„Aber wir glauben doch in aller Ruhe, aber auch mit aller Entschiedenheit darauf hinweisen zu sollen, daß das Vertrauen der ländlichen Bevölkerung schwerer Erschütterung ausgesetzt werden würde, wenn die Regierung jetzt Maßnahmen ergreifen sollte, die von der Landwirtschaft als Gefährdung aufgefaßt werden müßten, und wenn die Bevölkerung zu der gewiß irrigen Auffassung kommen könnte, daß dies vielleicht nur oder doch teilweise zu dem Zwecke geschehen sei, um zu beweisen, daß man ihr ein Hörigkeitsverhältnis zum Bunde der Landwirte nicht nachhängen könne. Wir glauben, wie gesagt, nicht daran; aber wir halten es nicht für überflüssig, auf die Gefahr hinzuweisen, die mit solchen Maßnahmen verbunden sein würde.“

### Die Besitzsteuer.

Das große Raten über die Besitzsteuer kauft wieder lebhafter in der Presse, je näher der Herbst und damit die Einberufung des Reichstags rückt. Die „Tägl. Rundsch.“ weiß darüber die folgenden, nicht neuen Neuigkeiten zu vermelden:

„Sicherem Vernehmen nach wird im Reichsschatzamt an einer Vermögenszuwachssteuer gearbeitet. Es ist allerdings noch nicht feststehend, ob der Reichskanzler den Verbündeten Regierungen die Einführung einer Vermögenszuwachssteuer vorschlagen wird. Sollte sich der Plan einer Vermögenszuwachssteuer als undurchführbar erweisen, so ist zu erwarten, daß man auf den demotischen Gedanken einer Erbzugssteuer zurückgreifen wird. Die demotischen Vorschläge haben unter den Verbündeten Regierungen große Beachtung gefunden. . . . In der zu erwartenden Denkschrift des Reichsschatzamts sollen die demotischen Vorschläge eingehende Würdigung finden.“

### Noch ein Rörgler.

Die Zahl der Rörgler gegen die herrschende Kölner Richtung im Zentrum mehrte sich. Auch in Hessen, das bisher, wenigstens äußerlich, zu den Bachemiten hielt, entstehen dem Bachem-Prinzip: „Heraus aus dem Turm“ jetzt Widersacher. Pfarrer Holzamer aus Mainsingen hat im Petrus-Verlag zu Trier ein Buch erschienen lassen, in dem er wie folgt gegen den „Interkonfessionalismus“ loszieht:

„Wie unbesonnen handeln jene, welche, um der Partei die nötige tolerante Gesinnung zu sichern, von der katholischen zu einer sogenannten Allgemein christlichen Grundhaltung flüchten zu müssen glauben. . . . Ist es wirklich ein unklarer Geist, der sich in uns regt, wenn wir erschrecken über den offenbaren Zwiespalt, der sich zwischen den Theorien unserer heutigen Katholikführer und den Theorien unserer Apologeten und Streiter aus der Kulturkampzeit aufstaut?“

Die Presse der Kölner Richtung fällt natürlich in heller Entrüstung über den unbehaglichen Kritiker her. Der Landtagsabgeordnete v. Brentano-Offenbach hat im Auftrag der ultramontanen Landtagsfraktion in Hessen dem Verfasser ein Entrüstungsschreiben zugehen lassen. Aber selbst das ultramontane „Mainzer Journal“, des im allgemeinen das Buch verurteilt, meint:

„Gewiß, es sind schwere interkonfessionellistische Entgleisungen, bei ganz namhaften Publizisten vorgekommen. Besonders die übermäßige einseitige Betonung des nichtkonfessionellen im Parteileben hat viel geschadet.“

So das ultramontane „Mainzer Journal“. Man wird also bei nächster Gelegenheit wieder in der Zentrumspresse lesen können, das Zentrum sei keine konfessionelle Partei.

## Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Donnerstag, den 12. September.

Die Versammlung der Bürgerschaft, welche am Montag, dem 16. September 1912, abends 6 Uhr, stattfand, hat folgende Tagesordnung zu erledigen: Mitteilungen des Senates. Anträge des Senates: 1. Ausbaugeschäft des Glasbläserwesens, sowie einer Verbindungstraße zwischen diesem und der Luisenstraße. 2. Beleuchtung des Fahrweges der Trave von Lübeck bis Travemünde. 3. Herstellung einer 6 Meter breiten Uferstraße am Stadtgraben zwischen der Puppenbrücke und der Klappbrücke. 4. Verleihung des Entignungsrechts an die Bau- und Bauverwaltung zum Erwerb einer Fläche in der Gemarkung Dummerstorf. 5. Staatsseitiger Erwerb von Ländereien der Firma Louis Wolff, C. & S., in Siems. 6. Perfectionierung eines Kohlenlöschplatzes unterhalb des Konstinplatzes. 7. Abänderung des Bauausbauplanes für die Vorstadt St. Lorenz. 8. Voranschlag für das Fortmischjahr 1912/13. 9. Verkauf von Grundstücken in Travemünde an die Lübeck-Büchener Eisenbahn-Gesellschaft. 10. Bau eines zweiten Schulhauses in Schlutup. 11. Gesehliche Begrenzung der Hilfslehrer- und Hilfslehrerinnenzeit. 12. Errichtung dreier neuer Oberlehrerstellen an der Realschule zum Dom. 13. Gewährung einer Beihilfe an die Begegengemeinde des Distrikt zur Unterhaltung des Weges Bergerbrücke-Diffau-Zankentode. 14. Erlaß von Nachträgen zum Ausführungsgesetz vom 17. Mai 1898 über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit vom 18. September 1899, zur Bekanntmachung über die Gebührentarife verschiedener Behörden vom 19. Dezember 1898, zum Lübeckischen Gerichtskosten-Gesetz vom 12. November 1900 und zur Stempelordnung vom 22. Dezember 1900. 15. Übernahme des Ruhegehaltes des Pastors Amann in Behlenstorf auf den Staat. 16. Errichtung eines Wlgs für Obdachlose, sowie einer Kinder- und Wächnerinnenstation. 17. Errichtung zweier neuer Fachlehrerstellen für Maschinentechniker an der Gewerbeschule. 18. Weitere Nachbemilligung auf die Baukosten des Neuen Stadttheaters. 19. Erlaß eines fünften Nachtrages zum Ausführungsgesetz zur Grundbuchordnung. Bericht der Kommission zur Vorprüfung der Frage, ob und in welchem Umfang die Bürgerschaft eine Revision des Gesetzes vom 19. September 1898, betreffend Anlegung von Mündelgeld, für erforderlich hält. Entscheidung der Frage, ob der vom Bürgerausschuß nicht in unveränderter Form an den Senat gerichtete Antrag Stellung, beitr. Suspendierung der Zölle auf Lebens- und Futtermittel und Öffnung der Grenzen für die Einfuhr von Schlachtoch und Fleisch, seitens der Bürgerschaft an den Senat gelangen soll. Zur Fleischnotdebatte in der Lübecker Bürgerschaft. Herr Dr. Hartwig, M. d. B., legt Wert darauf, daß wir in Vervollständigung unseres Stimmungsbildes in der Dienstag-

Nummer des „Lübecker Volksboten“ noch besonders feststellen, er habe die herrschende Wirtschaftspolitik nicht allein für die Notlage der Konsumenten verantwortlich gemacht. Wir kommen diesem Wunsche hiermit gern nach.

**Die Lebensmittelsteuerung und der Bürgerausschuß.** In seiner gestrigen Sitzung beschloß der Bürgerausschuß, den von der Bürgerschaft angenommenen Antrag von Pesse:

„Die Bürgerschaft ersucht den Senat, an den Bundesrat mit dem Antrage heranzutreten, daß sofort Maßnahmen getroffen werden, durch welche die jetzt bestehende Fleischsteuerung beseitigt wird. Im weiteren wird die Einlegung einer gemeinsamen Kommission von Senat und Bürgerschaft beantragt, die schleunigst darüber Vorschläge zu machen hat, welche Maßnahmen zur Milderung der auch in Lübeck bestehenden Fleischsteuerung ergriffen werden können.“

dem Senat entgegenzubringen. Der Antrag von Stelling: „Die Bürgerschaft ersucht den Senat, seinen Vertreter im Bundesrat zu beauftragen, bei der Reichsregierung dahin vorstellig zu werden, daß erstens die Zölle auf Lebens- und Futtermittel suspendiert und zweitens die Grenzen für die Einfuhr von Schlachtvieh und Fleisch geöffnet werden.“

wurde dagegen auf Vorschlag von G. Reimpel wesentlich verächtet, indem statt der Worte „auf Lebens- und Futtermittel“ gesetzt wurde „auf Vieh, Fleisch und Futtermittel.“ Danach ist es nicht die Absicht des Bürgerausschusses an der Linderung der Verteuerung aller wichtigen Lebensmittel mitzumirken. Die Bürgerschaft wird sich nun noch einmal mit der Angelegenheit zu beschäftigen haben.

**Der Bürgerausschuß genehmigte resp. befürwortete** in seiner gestrigen Sitzung die Senatsanträge betr. den Einbau eines Gitters in den Mühlenbach vor den Freiläufen der städtischen Mühlen, die Gemahmung einer Weidung von 800 Mark an die Wegegemeinde Tramm zu den Kosten des chauffemäßigen Ausbaues des Weges von Tramm nach Woltersdorf, die Errichtung zweier neuer Fachlehrerstellen für Maschinentechnik an der Gewerbeschule, die Errichtung dreier neuer Oberlehrerstellen an der Realschule zum Dom, die Bewilligung von 2000 Mk. zur Einrichtung von Fortbildungskursen für Lehrer und Lehrerinnen im Rechnungsjahr 1912, die weitere Nachbewilligung von 2622,68 Mk. auf die Baukosten des neuen Stadttheaters, der Anschluß der Seebampfschiff-Maschinenfabrik an das Elektrizitätswerk und der Erlass eines fünften Nachtrages zum Ausführungsgesetze zur Grundbuchordnung. Dem Verein zur Hebung des Fremdenverkehrs wurde eine Beihilfe von 3250 Mk. gewährt.

**Einrichtung eines Asyls für Obdachlose sowie einer Kinder- und Wöchnerinnenstation.** Der Bürgerausschuß hatte sich gestern mit folgendem Senatsdekret zu beschäftigen: In seiner Versammlung am 11. Oktober 1911 hat der Bürgerausschuß anlässlich der Beratung der Senatsvorlage, betreffend Neuordnung des Armenwesens, an den Senat das Ersuchen gerichtet, in Erwägung zu ziehen, in welcher Weise eine bessere Unterbringung der Obdachlosen bewirkt werden könne. Der Senat hat darauf mit Dekret vom 30. Dezember 1911 dem Bürgerausschuße von den in Aussicht genommenen Maßnahmen vorläufig Mitteilung gemacht. Mit dem in der Anlage abgedruckten Bericht vom 1. Juli 1912 hat sich nunmehr die Armenbehörde im einzelnen über die Einrichtung eines Asyls für Obdachlose in den Räumen des ehemaligen Werk- und Zuchthauses zu St. Annen und gleichzeitig über die Schaffung einer Kinder- und Wöchnerinnenstation geäußert und für diese Zwecke einen Betrag von insgesamt 16200 Mk. erbeten. Die von der Behörde überreichten Pläne und Kostenschätzungen, sowie der Erläuterungsbericht des Baudirektors und das Inventarverzeichnis, sämtlich datiert vom 1. Juli 1912, sind zur Einsichtnahme beigelegt. Der Senat, nach Anhörung des Finanzdepartementes, ist bereit, dem Antrage zu entsprechen, und beabsichtigt demgemäß zur Mitgenehmigung der Bürgerschaft zu stellen: 1. daß der Baudeputation zur Einrichtung eines Asyls für Obdachlose sowie einer Kinder- und Wöchnerinnenstation in den Räumen des Werk- und Zuchthauses zu St. Annen ein Betrag von 9700 Mk. zur Verfügung gestellt werde; 2. daß der Armenbehörde für die Beschaffung des erforderlichen Inventars die Summe von 6500 Mk. bewilligt werde; 3. daß die unter 1. und 2. genannten Beträge von zusammen 16200 Mk. auf Abschnitt XIX des Voranschlages für das laufende Rechnungsjahr angewiesen werden. Der Bürgerausschuß erklärte sich gutachtlich für die Mitgenehmigung des Senatsantrages durch die Bürgerschaft. — Somit würde einem längst gefühlten Bedürfnisse abgeholfen. Von sozialdemokratischer Seite war auch in der Bürgerschaft wiederholt darauf hingewiesen worden, daß die Art, wie in Lübeck bisher die Obdachlosen untergebracht werden, unhaltbar sei.

**Die Eingemeindung des Städtchens Travemünde,** sowie der Landgemeinden Gneversdorf, Rüdnic, Siems, Herrenhof, Krempelsdorf, Worwerk, Moising, Genin, Israelsdorf, Gohm und Schlutup in die Stadtgemeinde Lübeck wurde gestern vom Bürgerausschuß beraten und gutachtlich befürwortet. Zur Annahme gelangte ein Gesetzentwurf, dessen wesentliche Bestimmungen lauten: § 1. In die Stadtgemeinde Lübeck eingemeindet werden 1. der Gemeindebezirk von Travemünde; 2. der Gemeindebezirk von Gneversdorf; 3. der Gemeindebezirk von Siems; 4. der Gemeindebezirk von Rüdnic (mit Ausnahme des unbesetzten Teiles des Waldhufener Forstreviers); 5. der Gemeindebezirk von Herrenhof; 6. der dem Hofhofenwerk gehörige Teil des Gemeindebezirks Dammersdorf; 7. das Gebiet der Trave vom Umschlagshafen abwärts bis zum Hafen des Hofhofenwerks einschließlich; 8. der Gemeindebezirk von Krempelsdorf; 9. der Gemeindebezirk von Worwerk; 10. der Gemeindebezirk von Moising; 11. der Gemeindebezirk von Genin; 12. der zur Staatsirrenanstalt gehörige Teil des Gemeindebezirks von Strecknitz; 13. der Gemeindebezirk von Israelsdorf mit Ausnahme des südlich der nach Schlutup führenden Chaussee belegenen Forstreviers; 14. der Gemeindebezirk von Gohm; 15. der Gemeindebezirk von Schlutup. § 2. 1. Travemünde und Gneversdorf (§ 1 Ziffer 1 und 2) bilden hinfort den Stadtteil „Kurort und Seebad Travemünde“. II. Das in § 1 Ziffer 3 bezeichnete Gebiet nebst dem Gebiet der Trave von der Mündung der Schwartau abwärts bis einschließlich des Durchstichs bei der Herrenfähre bildet hinfort den Stadtteil „Siems-Dänischburg“. III. Die in § 1 Ziffer 4 bis 6 bezeichneten Gebiete einschließlich des Hafens des Hofhofenwerks bilden hinfort den Stadtteil „Rüdnic-Herrenhof“. IV. Das in § 1 Ziffer 15 bezeichnete Gebiet einschließlich des Gebietes der Trave von den Herrenfährländereien abwärts bis zur Stadtgrenze bildet hinfort den Stadtteil „Schlutup“. V. Die unter I bis IV genannten Stadtteile gelten, soweit nicht in diesem Gesetze Ausnahmen vorgesehen sind, als Vorstädte im Sinne der Lübeckischen Gesetze. VI. Die in § 1 Ziffer 8 bis 10 bezeichneten Gebiete nebst der Trave vom Umschlagshafen abwärts bis zur Mündung der Schwartau gehören hinfort zur Vorstadt St. Lorenz, die in § 1 Ziffer 11 und 12 bezeichneten Gebiete zur Vorstadt St. Jürgen, und die

in § 1 Ziffer 13 und 14 bezeichneten Gebiete zur Vorstadt St. Gertrud. VII. Der nicht eingemeindete Teil der Landgemeinde Rüdnic (§ 1 Ziffer 4) wird der Landgemeinde Wöppendorf zugelegt; der nicht eingemeindete Teil der Landgemeinde Israelsdorf (§ 1 Ziffer 13) wird der Landgemeinde Wesloe zugelegt. § 3. 1. Für den Stadtteil Kurort und Seebad Travemünde wird eine besondere Behörde mit der Bezeichnung „Behörde für Travemünde“ eingesetzt, welche gebildet wird aus drei Mitgliedern des Senates (von denen je eines dem Finanzdepartement, der Baudeputation und der Verwaltungsbehörde für städtische Gemeindeanstalten angehören soll) und sieben auf je sechs Jahre gewählten bürgerlichen Deputierten, von denen vier ihren Wohnsitz in Travemünde haben müssen. II. Die Behörde für Travemünde hat die Interessen des Stadtteils Travemünde wahrzunehmen; sie besitzt das Recht selbständiger Initiative und unmittelbarer Berichterstattung an den Senat; ihr liegt insbesondere die Verwaltung des Badewesens in Travemünde ob; im übrigen verbleibt die Verwaltung des in Travemünde belegenen Staatsvermögens, insbesondere des staatlichen Grundbesitzes, dem Finanzdepartement. § 4. I. In dem Gesetz vom 30. April 1877, betreffend die Herstellung und Unterhaltung der öffentlichen Straßen und Wege in den Vorstädten, wird in dem „in der Vorstadt St. Lorenz“ überschriebenen Abschnitt des § 2 eingeschoben hinter „Herrenhofstraße“, „Herrendamm“ und bei „Schönböckener Straße“ gestrichen „bis zum Grundstück Nr. 41“ einschließl. Ferner erhält der § 2 folgenden Zusatz: „in Travemünde: Lübeck-Travemünder Chaussee am Wege nach Teutendorf bis zur Torstraße, Gneversdorfer Weg von der Torstraße bis zum Bahnhöfengang, Lorstraße, Marienstraße, Kirchenstraße, Marktstraße, St. Lorenz-Straße, Hirtengang, Kurgartenstraße, Vorderreihe, Travensstieg, Bahnhofstraße, Roße, Fehlingstraße, Neustraße, Kurgartenallee, Außenallee, Kaiserallee, Strandpromenade, Bertlingstraße, Godewind, Achterdeck, Legerwall, Mittschiffs, Falstrep, Steuerbord, Badbord, Wege zwischen der Strandpromenade und Kaiserallee, Wege zwischen der Außenallee und Strandpromenade, bei dem Hansahause und dem Warmbadehause vorbeiführend, Medlenburger Landstraße von der Fährze bis zur Landesgrenze, nebst den an diesen Straßen belegenen Grundstücken.“ II. Mit Ausnahme der Wegegemeinde Gneversdorf und Siems gehen sämtliche im Eingemeindungsgebiet befindlichen Wegegemeinden ein. Die Unterhaltung aller in diesen Wegegemeinden liegenden Haupt- und Nebenwege, sofern sie nicht auf Grund besonderer Verträge oder Verfügungen bestimmten Verpflichteten obliegt, übernimmt der Staat. An der Wegepflicht hinsichtlich der Feldwege wird nichts geändert. Die Aufsicht über den baulichen Zustand geht auf die Baudeputation über. III. In den Wegegemeinden Gneversdorf und Siems wird die Unterhaltung folgender öffentlichen Wege staatsseitig übernommen: in Gneversdorf: des Travemünder-Kiendorfer Weges und des Travemünde-Brodener Weges; in Siems: des Weges von Dänischburg durch Siems bis an die Travemünder Chaussee. Für die Unterhaltung der übrigen Haupt- und Nebenwege werden diese Wegegemeinden staatsseitig entschädigt. Die Höhe dieser Entschädigung, welche die Selbstkosten decken soll, wird durch Senatsverordnung festgesetzt. IV. In den Wegegemeinden Gneversdorf und Siems wird der Vorstehende in gleicher Weise wie die Gemeindegewerkschauer gemäß § 19 der Wegeordnung vom 29. Juli 1874 gewählt. § 5. I. Das Gesetz vom 11. Mai 1910, die Grundsteuer für die Stadt Lübeck und deren Vorstädte, betreffend, findet auf das Gebiet des bisherigen Gemeindebezirks von Travemünde (§ 1 Ziffer 1) und der Villenkolonie Neu-Travemünde, sowie auf die bisherigen Gemeindebezirke von Krempelsdorf und Worwerk mit der Maßgabe Anwendung, daß die Steuer nur in Höhe von 50 vom Hundert der gesetzlichen Steuerhöhe erhoben wird. II. Im Gebiet des bisherigen Gemeindebezirks von Schlutup (§ 1 Ziffer 15) wird die Grundsteuer in Höhe von 75 vom Hundert erhoben, jedoch mit der Maßgabe, daß von Grundstücken, die nach Erlass dieses Gesetzes zu Fabrik- oder Industriezwecken in Benutzung genommen werden, für die Dauer der ersten zehn Jahre nach Erlass dieses Gesetzes die Grundsteuer nur in Höhe von 25 Prozent der gesetzlichen Steuerhöhe erhoben wird. — Im Gebiete von Gneversdorf, ausschließlich des Gebietes der Villenkolonie von Neu-Travemünde, sowie in Siems-Dänischburg, Rüdnic, Herrenhof, Moising, Genin, Gohm und dem eingemeindeten Teil von Israelsdorf (§ 1 Ziffer 2 bis 6, 10, 11, 13, 14) wird die Grundsteuer in Höhe von 25 vom Hundert der gesetzlichen Steuerhöhe erhoben. Das Gesetz vom 11. Mai 1910, die Grundsteuer für die Stadt Lübeck und deren Vorstädte betreffend, findet auf Grundstücke, die mit Realkästen und Eigentumsbeschränkungen im Sinne des Entwurfs zum Gesetz, betreffend die Ordnung der gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisse usw., belastet sind, bis zum Inkrafttreten des bezeichneten Gesetzes keine Anwendung. § 6. Die Hundesteuer wird im Eingemeindungsgebiete nach dem für Travemünde und die Landbezirke geltenden Steuersatze erhoben (Gesetz vom 17. Dezember 1893). § 7. Durch Rat- und Bürgerbeschluß wird bestimmt, in welchem Umfange die Bauordnung für die Stadt Lübeck, deren Vorstädte und Vororte, sowie für Travemünde vom 25. Mai 1903, das Gesetz vom 15. Juli 1889, betreffend den Anbau an Straßen und Plätzen in den Vorstädten der Stadt Lübeck, das Gesetz über die Anlage von Straßen in der Stadt Lübeck und deren Vorstädten vom 18. Februar 1895 und das Gesetz vom 2. März 1903, die Erhebung einer Straßenbauabgabe betreffend, auf das Eingemeindungsgebiet Anwendung findet. § 8. Auf die Kirchengemeinden Travemünde, Rüdnic, Schlutup und Genin findet das Gesetz vom 16. Januar 1899, betreffend die allgemeine Kirchenkasse, keine Anwendung. § 9. Die im Eingemeindungsgebiete bestehenden Vorschriften über das Feuerlöschwesen bleiben unberührt, jedoch mit der Maßgabe, daß der § 1 der Verordnung vom 29. Juni 1898, betreffend das Feuerlöschwesen, im Eingemeindungsgebiete Anwendung findet. § 10. Die Verordnung vom 10. September 1884, betreffend den Eintritt des Schlichtzanges in Lübeck und deren Vorstädte, sowie die Verordnung vom gleichen Tage, betreffend die Einbringung und den Verkauf auswärts geschlachteten frischen Fleisches in der Stadt Lübeck und deren Vorstädte, findet auf das Eingemeindungsgebiet mit Ausnahme der im § 1 Ziffer 8 und 9 bezeichneten Gebiete keine Anwendung. § 11. Im Gesetz vom 24. Oktober 1908, betreffend die Wohnungspflege in der Stadt Lübeck und deren Vorstädten, wird in den §§ 2 und 3 die Zahl 9 durch die Zahl 13 ersetzt. § 12. Der erste Absatz des § 1 des Ausführungsgesetzes vom 9. Dezember 1911 zum Reichsgesetze über den Unterkunftswohnort vom 30. Mai 1908 erhält folgende Fassung: „Als Ortsarmenverbände (§§ 3 und 4 des Reichsgesetzes) gelten im Lübeckischen Freistaat die Stadtgemeinden Lübeck sowie die einzelnen Landgemeinden. Die Verwaltung der öffentlichen Armenpflege in den einzelnen Ortsarmenverbänden wird für die Stadtgemeinde Lübeck von der Armenbehörde und für die Landgemeinden von den Gemeindevorständen wahrgenommen.“ § 13. I. Die Gemeindeordnungen für das Städtchen Travemünde vom 21. März 1881 und für die Landgemeinde Schlutup vom 28. März 1906 werden aufgehoben. II. In der Anlage A zur Landgemeindeordnung für den Lübeckischen Freistaat vom 11. Februar 1878 werden die Nr. 16, 17, 19, 21, 23, 25, 27,

37, 41 und 48 gestrichen. Die Nr. 31 erhält den Zusatz: „Das Waldhufener Forstrevier“. Die Nr. 49 erhält folgende Fassung: „Wesloe umfaßt die Höfe Brandenbaum und Hohewarte, sowie das Forstrevier Lauerholz und Wesloe und Alt-Lauerhof mit den Forstwärtereien.“ § 14. Der Friedhofsverband Rüdnic bleibt bestehen. In die Stelle der Gemeinden Rüdnic, Siems und Herrenhof tritt die Stadtgemeinde Lübeck. Diese wird im Vorstande des Verbandes durch drei bürgerliche Deputierte vertreten, die vom Senate auf Vorschlag des Bürgerausschusses auf je sechs Jahre, und zwar in der Weise zu wählen sind, daß aus den Einwohnern jedes der drei genannten bisherigen Gemeindebezirke je ein Deputierter zu entnehmen ist. § 15. Soweit die Erfüllung des zwischen der Verwaltungsbehörde für städtische Gemeindeanstalten und der Gemeinde Moising unter dem 14. Februar 1911 geschlossenen Vertrages über die Garantieleistung für die Rentabilität der Straßenbahnlinie nach dem Moisinger Baum in Frage kommt, bleibt die Gemeinde Moising als selbständiges Rechtssubjekt bestehen. Die Vorschriften der Landgemeindeordnung für den Lübeckischen Freistaat vom 11. Februar 1878 finden mit der aus dem vorgenannten Zweck der Aufrechterhaltung jener Selbständigkeit sich ergebenden Beschränkung weiterhin Anwendung. § 16. Die für die Wahlen zur Bürgerschaft in den Art. 22 und 23 der Verfassung der freien und Hansestadt Lübeck vom 5. April 1875 gegebenen Vorschriften in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Oktober 1907, insbesondere die Einteilung der Wahlbezirke, werden durch dieses Gesetz nicht berührt. Durch die Gesamtabstimmung beschloß der Bürgerausschuß einstimmig den Gesetzentwurf in der nunmehr vom Senate beantragten Fassung zur Mitgenehmigung durch die Bürgerschaft zu empfehlen. — Nun wird sich die Bürgerschaft demnächst mit dieser wichtigen Sache zu beschäftigen haben.

**pb. Wer ist der Eigentümer?** Vor etwa 8 Tagen hat ein unbekannter Mann auf den Flur eines an der Geverdesstraße belegenen Hauses 3 Lüten mit Farben hingestellt und bisher nicht wieder abgeholt. Die Lüten haben ein Gesamtgewicht von etwa 10 Pfund. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Farben aus einem Diebstahl herrühren. Der unbekannte Eigentümer wird ersucht, sich im Bureau der Kriminalpolizei zu melden.

**Secrecy.** Eine Protestversammlung gegen den Lebensmittelwucher tagte hier gestern im Lokale des Herrn Wendt. Die Versammlung war sehr stark besucht. Nach eingehenden Darlegungen des Genossen Stelling-Lübeck über die Ursachen und Folgen der herrschenden Teuerung wurde die bekannte Protestresolution einstimmig angenommen.

**Samburg.** Ein Dampfer der Hamburg-Amerika-Linie total verloren. Der Papagay-Dampfer „Kamerun“, von hier nach Westafrika, ist an der Küste von Liberia total verloren gegangen. Das Schiff und die Ladung sind verloren. Die Passagiere und die Mannschaften sind von dem Dampfer „Anna Doermann“ nach Montrovia, der Hauptstadt von Liberia, gebracht worden. — Ein Schulknabe bei einer Kollision ums Leben gekommen. Die Kastenboote „Liberty 5“, die sich im Lau des Schleppdampfers „Francisco“ befand, geriet im Hansahafen gegen die längs des Dampfers „Thurinia“ liegende Motorbarkasse des Bierverlegers Mandelkom. Diese wurde so schwer getroffen, daß sie voll Wasser lief und nach wenigen Minuten von der Oberfläche verschwunden war. Mit der Barkasse war der Barkassenführer und der 14-jährige Schulknabe Emil Schenk in die Tiefe gesunken. Der Barkassenführer kam jedoch wieder an die Oberfläche und konnte gerettet werden, während der Knabe seinen Tod durch Ertrinken fand.

**Sande bei Bergedorf.** Ein größeres Feuer vernichtete Dienstag morgen die in den Sander Lannen gelegene Salomonische Stuhlrohrfabrik. Das Feuer war in einem mit Stuhlrohr durch gefüllten Lagerstuppen ausgebrochen und sprang auf das Gebäude der Flechtrohrbinderei über. Beide Gebäude wurden vollkommen eingeeißert. Eine Menge Stuhlrohr ist verbrannt. Der Schaden, der sich auf 100000 Mark beläuft, ist durch Versicherung gedeckt. Vier Arbeiter wurden unter dem Verdacht der Brandstiftung verhaftet; drei davon wurden wieder entlassen. Das Fabrikgrundstück ist Eigentum der Gemeinde Sande.

**Reinmünster.** Wegen ungenügendem Jurrapatriotismus vom Dienste suspendiert. Anlässlich der diesjährigen Sedanfeier hatte der Oberlehrer Wolff des hiesigen Gymnasiums die Aufgabe, die übliche Festrede vor den Schülern zu halten. Wie allgemein bekannt, haben preussisch-deutsche Lehrer die Verpflichtung, die damaligen Vorgänge nicht in historischer Wahrheit vorzutragen, sondern in Form staatlich abgestempelter, vaterländischer Geschichte. Oberlehrer Wolff soll nun bei allerding nach patriotischer Auffassung unverzeihlichen Fehler begangen haben, den jungen Leuten einen Teil der Wahrheit über jene Vorgänge mitzuteilen. Sofort nach Bekanntwerden dieses „Verbrechens“ wurde Wolff vom Amte suspendiert. Der Oberlehrer soll unter anderem ausgeführt haben, daß es wohl begreiflich sei, wenn die Bevölkerung der Reichsländer sich nicht in das Deutsche Reich hineinpaffen könnte, da sie es unter französischer Herrschaft viel besser gehabt hätte; Eliaß-Lothringen sei nur unter Anwendung roher Gewalt vom französischen Stammlande getrennt worden. Wir können es verstehen, wenn sich das starke Entsetzen in die Züge der Jurrapatrioten nach dem Bekanntwerden dieses Vorganges. Ein echt preussisch-deutsches Gemüt findet jeden Schwindel für angebracht und erlaubt, wenn es sich um patriotische Lohndedei handelt. Charakteristisch ist die Stellung, die die freisinnige Presse zu dieser Maßregelung einnimmt. Der linksfreisinnige „Volkstümliche Kurier“ schreibt dazu:

„Der Vorgang selbst ist ja bereits mehreren Kreisen bekannt und der in Frage kommende Oberlehrer Wolff ist von seinem Amte seit einiger Zeit suspendiert. Ist diese letztere Tatsache als ein erfreuliches Zeichen anzusehen, daß die in Betracht kommenden Behörden der Angelegenheit die ihr zukommende Wichtigkeit beilegen, so dürfte sich doch, wie wir hören, noch in der nächsten Sitzung der Städtischen Kollegien Gelegenheit finden, über die Vorgänge einer breiteren Öffentlichkeit dasjenige mitzuteilen, was als Folge eines solchen beispiellosen Vorganges in die Wege geleitet worden ist.“

Aus diesen Äußerungen des freisinnigen Blattes ersieht man deutlich, wie weit der einst so stolze schleswig-holsteinische Freistaat im besonderen schon auf den Hund gekommen ist. Die alten Forderungen des Liberalismus: Freiheit der Presse, Freiheit der Wissenschaft, sind wie so manches andere längst in die Rumpelkammer gewandert. Der „Stolz vor Königsthronen“ ist verschwunden, die Ehrfurcht vor der Wahrheit ist abhanden gekommen. Der Liberalismus ist eben vollständig degeneriert und ist es wert, daß er zugrunde geht, je eher dies geschieht, desto besser ist es.

**Hagenow.** Ein Automobilunfall mit tödlichem Ausgang ereignete sich bei Gramitz auf der Chaussee von Hagenow nach Britz. Der Fahrradhändler Bruchmüller aus Bellahn fuhr im Automobil mit seinem 20jährigen Sohn auf der Chaussee. Während der Fahrt kam an dem Fahrzeug etwas in Unordnung und der junge Bruchmüller wurde aus dem Auto herausgeschleudert. Er erlitt dabei so schwere Verletzungen, daß er im Hagenower Krankenhaus starb.

**Bremen.** Der Lohnkampf in den bremischen Staatsbetrieben, über den wir kürzlich berichteten, ist auf der ganzen Linie von den beteiligten Arbeitern gewonnen worden. Die Deputation für Häfen und Eisenbahnen wollten den ihr unterstellten Arbeitern vom 1. Oktober d. Js. ab einen Anfangslohn von 3,80 Mk. pro Tag bezahlen, nach sechsjähriger Beschäftigung sollte der Lohn bis auf 4,60 Mk. steigen. Diesen Plan, die bisherigen Löhne zu verschlechtern, beantworteten die Arbeiter bekanntlich mit neuen Forderungen. Die Deputation hat deshalb die Löhne einer neuen Prüfung unterzogen und beschlossen, vom 12. September ab einen Anfangslohn von 4,10 Mk. pro Tag zu zahlen, nach einem Jahre steigt der Lohn auf 4,20 Mk., nach 2 Jahren auf 4,40 Mk., nach 4 Jahren auf 4,60 Mk. und nach 6 Jahren auf 4,80 Mk. Ferner wurden für überstun-

den, Nacht- und Sonntagsarbeit Zuschläge gewährt. Also ein voller Erfolg der bremischen Staatsarbeiter, den sie nur dem Umstand verdanken, daß sie in ihrer überwiegenden Mehrheit im Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter organisiert sind.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Böttig, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Steffing. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

### Sozialdemokratischer Verein

#### Nachruf.

Am Sonntag verstarb unser langjähriger Parteigenosse  
**Ludwig Mellahn.**

Seine feinem Andenken!

Der Vorstand.

Sagen hiermit allen, welche unserm lieben Entschlafenen die letzte Ehre erwiesen und seinen Sarg so reich mit Kränzen schmückten, namentlich dem Golzarbeiter-Verband und seinen Mitarbeitern der Firma Beth für die Unterstützung unsern besten Dank. (3218)

Lübeck, den 11. September 1912.

#### Familie Potenberg.

Gelucht zum 1. Januar oder später eine 2-Stuben-Wohnung oder kleines Haus von Leuten ohne Kinder in der Nähe Untertrave. Ang. unter **M S** an die Exp. d. Bl. (3233)

Suche für kleinen Knaben liebevolle Pflegeeltern. (3223) Näheres Engelsgrube 32/5. Abends von 7 Uhr ab.

### H. Beckmanns Schuhgeschäft

3 Reiferstrasse 3.

**Eingetroffen:**  
Salbstiefel mit Eisen N. 10,50 prima Qualität.  
Arbeitschuhe mit Eisen 5,75  
werktagliche Jagdtiefel 6,75  
Schnallstief. 6,75  
Schnallstief. 7,50  
Herren-Segelstief. Schnur-, Zug- u. Schnallstiefel v. 8,75 an  
Damen-Schnallstiefel v. 5,75 an  
Sämtliche Knaben- u. Mädchen-schuhe billig. (3230)  
NB. Einzelpaare weit unter Einheitspreis.  
Reparaturwerkstatt.  
Kette Kabinenmarken.

Heute frische Brot- und Grützwurst, Kopfschinken sowie alle sonstigen Würstchen empfiehlt (3220) Kapitzschmiedestr. S. F. Mörck.

### Die Arbeiter-Garderoben aus dem Spezial-Geschäft von Lübeck Otto Albers Kehl.

Markt 4 **10**  
sind vorzüglich bekannt durch gute Verarbeitung u. sehr billige Preise. U. a.:  
Lederhosen . . . 2,20—6,45  
Wanzenhosen . . . 2,60—8,75  
Schlösserhosen . . . 1,88—5,25  
Überziehhosen . . . 1,08—2,35  
Zwischenhosen . . . 1,68—3,25  
leinere Jacken, Hemden u. gerade, 1,28, Kragen, Hemden, Schlösserhosen, Anzügen, jeden Malerarbeiten erträglich billig. Abends von 30 Uhr bis 1,58 Uhr. Rote Subercam.

### Visitkarten

— II. Eisenbeinkarten —  
100 Stück von Mk. 1.— an  
best  
Die Buchdruckerei des Lübecker Volksboten :  
Johannisstraße 46.

## Wien neu

gebrauchte Betten  
durch aufdampfen und reinigen nach meinem Verfahren.  
Gründliche Reinigung in wenigen Stunden.  
Prima Bettfedern und Inletts.  
Johann Dittmer, Drögestraße 12a.

## Waisen-Hof. Heute Tanz.

wonnen worden. Die Deputation für Häfen und Eisenbahnen wollten den ihr unterstellten Arbeitern vom 1. Oktober d. Js. ab einen Anfangslohn von 3,80 Mk. pro Tag bezahlen, nach sechsjähriger Beschäftigung sollte der Lohn bis auf 4,60 Mk. steigen. Diesen Plan, die bisherigen Löhne zu verschlechtern, beantworteten die Arbeiter bekanntlich mit neuen Forderungen. Die Deputation hat deshalb die Löhne einer neuen Prüfung unterzogen und beschlossen, vom 12. September ab einen Anfangslohn von 4,10 Mk. pro Tag zu zahlen, nach einem Jahre steigt der Lohn auf 4,20 Mk., nach 2 Jahren auf 4,40 Mk., nach 4 Jahren auf 4,60 Mk. und nach 6 Jahren auf 4,80 Mk. Ferner wurden für überstun-

# „Bilder aus Lübecks Vergangenheit“

Zusammengestellt von

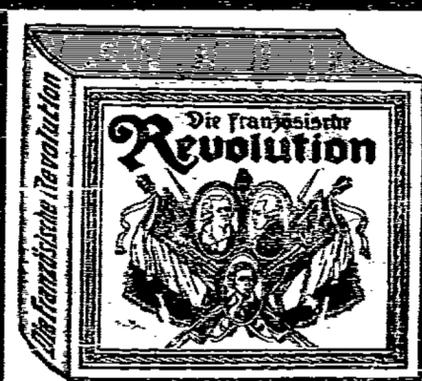
## Theodor Schwartz.

Aus dem Inhalt des 639 Seiten umfassenden Werkes heben wir das Nachstehende hervor:

Das „wendische“ („Alt“)-Lübeck an der Schwartau. — Das „welfische“ Lübeck. — Das „kaiserliche“ Lübeck. — Das „reichsfreie“ Lübeck. — Das „hansische“ Lübeck. — Die ersten bürgerlichen Unruhen in Lübeck. — Der grosse nordische Krieg. — Jürgen Wullenwever. — Lübecks letzter hansischer Krieg. — Die Reiser'schen Unruhen. — Der grosse Bürger-Rezess von 1669. — Gotteslästerungs- und Hexenprozesse in Lübeck. — Die Lübeckischen Zünfte. — Die Gesellenverbände in Lübeck. — Lübeckische Sagen und Volkspoesien. — Das kaiserlich-französische Lübeck. — Nach der Restauration. — Ueber die Zustände der inneren Stadt im vierzehnten, sechszehnten und achtzehnten Jahrhundert nebst einer Schilderung des Stadtbildes am Ende des achtzehnten Jahrhunderts.

# Friedr. Meyer & Co.

Johannisstr. 46. Buchdruckerei und Verlag des „Lübecker Volksboten“. Johannisstr. 46.



## Für unsere Leser!

Ein hochinteressantes Originalwerk

### Die französische Revolution in Wort und Bild.

Geschenkband, elegant gebunden, auf Kunstdruckpapier gedruckt, ca. 250 Original-Bilder mit erläuterndem Text bieten wir unsere Lesern

zum Ausnahmepreis von **3.—** Mk. an.

Zu beziehen durch die

Buchhandlung von Fr. Meyer & Co., Johannisstr. 46.

### Frau Sophie Schacht Hebamme (3219)

wohnt jetzt **Marst. 21b, III.**  
**Achtung!**  
Kartoffeln Pfd. 3 und 4 Pfg.  
Gradenfurter Pfd. 15, 20 u. 30  
Kochbirnen 3 Pfd. 25 Pfg. (3232)  
Befersgrube 92, Ecke Untertrave.

### Eutin und Umgegend.

Große öffentliche **Protest-Versammlung** am **Sonnabend, dem 14. Sept.**

abends 8 1/2 Uhr im Saale des Herrn **Paul Schröder, Eutin.**

Tages-Ordnung:  
**Die Forderung im Lande.**  
Referent: Reichstagskandidat **J. Stellung-Lübeck.**  
Freie Diskussion.  
Alle Frauen und Männer sind zu dieser hochwichtigen Versammlung eingeladen. (3225) **Der Einberafer.**

Mod. Schlafst. u. Küchen-Einricht. zu verk. (3221) Sadowastr. 14, L.  
Fast neue Grammophonplatten bill. zu verkaufen. (3224) **Schulze, Warendorferstr. 37, II., Sint.**

1 Herren-Winter-Paletot, 1 Damen-Jackett, 1 Pelztragen zu verkaufen. Sadowastr. 19.  
Umzugsh. gr. **Salonsofa**, Neuwert 130 Mk., spottbillig zu verkaufen. (3231) Engelsgrube 81.

## Von Friedr. Gerstäckers gesammelten Werken

empfehlen wir allen Lesern einer guten Unterhaltungslektüre nachbenannte Romane und Erzählungen

Im Busch. Regulatoren in Arkansas. Streif- und Jagdzüge in Nordamerika. Gold, kalifornische Erzählung. Im Eckfenster. General Franco. Unter dem Aequator. Die Kolonie, brasilianisches Lebensbild. Der Kunstreiter. Flußpiraten des Mississippi. Aus zwei Weltteilen u. a. m.

Sämtliche Bände sind schön gebunden und illustriert zu dem billigen Preis von nur Mk. 1.30 pro Band durch unsere Buchhandlung zu beziehen.

**Friedr. Meyer & Comp.**  
Johannisstraße 46.

### Verband der Fabrikarbeiter Deutschl. Zahlstelle Lübeck.

## Mitglieder-Versammlung am Freitag, dem 13. Septbr.

abends 8 1/2 Uhr im „Gewerkschaftshaus“ Johannisstraße 50—52. Tages-Ordnung:

1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Abrechnung vom Sommervergnügen.
3. Berichterstattung vom Verbandstage in Dresden.
4. Berichterstattung von der Gaukonferenz in Lübeck.
5. Stellungnahme zum Kartellregulativ.
6. Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht (3234) **Die Ortsverwaltung.**



## Tour nach Neustadt

am Sonntag, dem 15. Septbr. Treffpunkt 7 1/4 Uhr am Bahnhof. (3227) **Der Turnwart.**

## Hansa-Theater.

Nur noch bis Sonntag, den 15. September, das phänomenale Programm mit

## Lura Vodoo

die indische Nackt- und Schlangentänzerin Sonntag, den 15. September, 4 Uhr:

## Gr. Fremd- u. Volksvorst.

Abends 8 1/2 Uhr **Abschiedsvorst.** des gesamten Programms. Billets schon von heute bei Sager. (3228)

Um 11 Uhr: **Kabarett.** Entree frei. Entree frei. Die ganze Nacht geöffnet.

## Die Herren des Geldes.

Die Legitimation der kapitalistischen Gesellschaft ist das — Geld. Der freie Mann in seiner eigenen Hauswirtschaft hatte überhaupt keine Beziehungen, die über die vier Pfähle hinaus gingen. Die frühen Stadtwirtschaftler des Mittelalters lebten im Austausch untereinander, ihre gesellschaftlichen Beziehungen erschöpften sich in einfacher Tauschformel, z. B.: ein Rogg gleich 15 Pfund Brot. Welche Riesentwicklung in wenigen Jahrhunderten, bis heute! Das Geld ist das Maß aller Dinge. Nicht nur in moralisch-negativem Sinne, sondern in erster Linie, in wirtschaftlich-positivem Sinne. Heute bezieht sich jedes Produkt, gleich welches es sei, schon bei seiner Herstellung auf den kommenden Austauschprozeß mit allen anderen Waren, die Brücke, über welche jede Ware wandern muß, ihre Marktroute heißt Ware — Geld — Ware, W-G-W.

Geld ist die vollkommenste Verpersönlichung des Tauschwertes, in ihm messen, müssen sich alle Gebrauchswerte messen. Damit ist aber das Geld heute auch zur wichtigsten, zur gesellschaftlich unentbehrlichsten Ware geworden. So entstand das Geldgeschäft, die Geldverwertung und der Geldhandel. Dies geschieht durch besondere Betriebe, die — Banken.

Die gesellschaftliche Funktion der Banken hat sich mit der Ausbildung des Kreditgeldes, der Wechsel, der Lombardleihe und des Effektengeschäftes noch um ein bedeutendes erweitert. Die Produktion von Waren wird heute mehr und mehr gesellschaftliche Sache auch insofern, als sie Großbetriebsangelegenheit ist. Die Geldleihe wurde damit zum Industriekredit. Mit der riesenhaften Entwicklung der Großindustrie, der Aktiengesellschaften und Konzernunternehmungen, rückten die Geldgeschäfte in gleichem Tempo vor.

Ebenso wie heute hunderte von Aktiengesellschaften nur eine Scheineristenz an Selbstständigkeit führen, lebt eine große Zahl der Banken längst nicht mehr unabhängig.

Recht klar wird dies aus Zusammenstellungen, die Robert Franz im „Ökonomist“ über die deutschen Banken alljährlich macht. Jetzt liegt ein Sonderabdruck dieser Arbeit vor. Sie stellt fest, daß 1907 in Deutschland allein 421 Kreditbanken bestanden, davon hatten 197 unter einer Million Mark Aktienkapital. Von dem gesamten eingezahlten Aktienkapital aller Kreditbanken besaßen aber die größeren 2828,77 Millionen Mark, die 197 kleineren nur 44,53 Millionen Mark. Von den 2828,77 Millionen entfielen aber wieder allein 114 Millionen Mark auf die acht Großbanken Berlins, die Banken 1. Klasse. Nämlich auf die Deutsche Bank, die Dresdener Bank, Diskontogesellschaft, Bank für Handel und Industrie, A. Schaaffhausenscher Bankverein, Berliner Handelsgesellschaft, Commerz- und Diskontobank und Nationalbank für Deutschland.

Mit diesen größten unter den deutschen Banken, den obersten Mitregenten in Deutschlands Industrie, wollen wir uns vorerst einmal beschäftigen. Wichtig ist, um die tatsächliche Macht der Welt zu erkennen, festzustellen,

\*) R. Franz, Die deutschen Banken im Jahre 1911. Berlin 1912. Verlag Christians, Berlin.

welche Banken von ihnen abhängen, welche mit ihnen in „näherer freundschaftlicher Verbindung“ stehen, wie der übliche Geschäftsausdruck so schön lautet.

Wir stellen im Nachfolgenden zusammen, welche Tochter- und „Onkel“-Banken zu den fünf Konzernen gehören, die die Größten unter den Großen sind.

### Konzern der Deutschen Bank:

Anhalt-Deffausche Landesbank  
Bayerische Handelsbank, München  
Bayerische Vereinsbank, München  
Bergisch-Märkische Bank, Elberfeld  
Braunschweig. Privatbank  
Braunschweig. Bank und Kreditanstalt  
Chemniger Bankverein, Chemnitz  
Commerzbank, Lübeck  
Danziger Privataktienbank  
Deutsch-Ostafrikan. Bank  
Deutsche Treuhandgesellschaft Berlin  
Deutsch-Oberseelische Bank, Berlin  
Deutsche Vereinsbank, Frankfurt a. M.  
Essener Bankverein, Essen  
Essener Kreditanstalt, Essen  
Hannoversche Bank, Hannover

Hildesheimer Bank, Hildesheim  
Lübecker Privatbank, Lübeck  
Mitteldeutsche Privatbank, Magdeburg  
Mecklenburg. Hypotheken- und Wechselbank, Schwerin  
Niederlauscher Kredit- und Sparbank, Rottbus  
Nordb. Kreditanstalt, Königsberg  
Oldenburg. Spar- u. Leihbank  
Osnabrücker Bank, Osnabrück  
Privatbank zu Gotha  
Rheinische Kreditbank, Mannheim  
Mannh. Bank in Mannheim  
Pfälz. Bank, Ludwigshafen  
Schlesf. Bankverein, Breslau  
Siegener Bank für Handel und Gewerbe  
Württ. Vereinsbank, Stuttgart

### Konzern der Diskontogesellschaft:

Allgem. Deutsche Kreditanstalt, Leipzig  
Barmer Bankverein, Barmen  
Rhein.-Westfäl. Diskontogesellschaft  
Geestemünder Bank  
Bank für Thüringen, vorm. Strupp  
Schlesf. Handelsbank, Breslau  
Süddeutsche Diskontogesellschaft  
Bayerische Diskonto- und Wechselbank  
Magdeburger Bankverein, Magdeburg  
Oberlausitzer Bank, Zittau

Brasilian. Bank f. Deutschland  
Bank für Chile u. Deutschland  
Deutsch-Ostafrikan. Bank, Shanghai  
Banca General Romana, Bukarest  
Deutsche Afrika-Bank, Hamburg  
Deutsche Palästina-Bank, Berlin  
Stahl u. Federer, Stuttgart  
Comp. Commercial de Belge, Antwerpen  
Banque de Credit, Sofia  
„Revision“ Treuhand A.-G., Berlin

### Konzern der Dresdener Bank:

Rheinische Bank, Essen  
Märkische Bank, Bochum  
Westfäl.-Lippische Vereinsbank  
Oberchlesische Bank, Deuthen  
Oldenburgische Landesbank

Märk. Bankverein Gabelsberg  
Schwarzburg. Landesbank  
Mülheimer Bank  
A.-G. vorm. Speyr u. Co., Basel

Mecklenburger Bank, Schwerin  
Landgräflich Hessische konz. Landesbank  
Schwarzburgische Landesb.  
Deutsch-Westafrikan. Bank  
Treuhandvereinigung Berlin  
Deutsche Orientbank, Berlin  
Deutsch-Südamerik. Bank, Berlin

### A. Schaaffhausenscher Bankverein:

Mittelrhein. Bank, Coblenz  
Mülheim. Bank, Mülh.-R.

### Konzern der Bank für Handel und Industrie (Darmstädter Bank):

Breslauer Diskontobank, Breslau  
Ostbank f. Handel u. Gewerbe, Posen  
Vereinsbank in Wismar  
Wechselstuben A.-G. „Merkur“, Wien  
Banque d'Armoresch, Blank u. Co., Bukarest

Die Macht dieser fünf Großbanken reicht also unbeschränkt schon in Wirklichkeit auf 75 andere Bankinstitute, die Geschäfte mit der ganzen Welt machen. Noch bedeutungsvoller ist naturgemäß, festzustellen, welchen Einfluß die acht Berliner Großbanken auf die deutsche Industrie haben. Ihr Einfluß auf die ausländische entzieht sich fast ganz der Kenntnis der Öffentlichkeit; schon die Wirkungen auf die deutsche Industrie sind kaum vollständig zu erkennen.

Eines der noch relativ sichersten Mittel ist die Nachprüfung, wie viele Direktoren und Prokuristen der Banken in Aufsichtsräten von Industrie-Aktiengesellschaften sitzen. Die Aufsichtsratsmandate sind ja heute zur einen Hälfte Kontroll- und Befähigungsstellen für die kreditgewährenden Banken und ihre Herren, zur anderen Hälfte Formalität, Konnexionsgeschäft, Klame und — vornehmstes Schmierzgeld.

Die nachfolgende Zusammenstellung gibt uns einen klaren Ueberblick nicht nur, wie weit der direkte Machteinfluß der Banken auf die Industrie reicht, sondern auch, in welchen Industriegruppen er am stärksten ist. Unter „Handelsgewerbe“ sind auch die Posten mitgezählt, welche die Mutterbanken bei ihren Tochterinstituten in den Aufsichtsräten einnehmen.

Industriegruppe	Zahl der Aufsichtsratsstellen							
	Deutsche Bank	Diskontogesellschaft	Dresdener Bank	Schaaffhausenscher Bankverein	Berliner Handelsgesellschaft	Darmstädter Bank	Nationalbank	Commerz- und Diskontobank
Bergbau, Hütten und Salinen	17	22	13	25	26	13	13	1
Industrie der Steine u. Erden	4	2	4	4	2	2	4	2
Metallverarbeitung	5	6	4	12	12	9	3	2
Industrie der Maschinen und Instrumente	15	10	6	18	6	4	18	8
Chemische Industrie	3	4	2	5	2	4	3	1
Leuchtstoffe, Fette, Seifen usw.	3	3	—	2	3	6	3	—
Textilindustrie	8	5	5	4	6	1	—	1
Papierindustrie	1	—	4	2	—	—	—	—
Gummiindustrie	1	2	—	—	—	—	1	—
Nahrungs- und Genussmittel	3	1	3	2	5	11	7	3
Zusammen	60	60	41	76	62	50	52	18

## Ein Deutscher.

Roman von Otto Ruppert.

(19. Fortsetzung.)

„In Ihrem Sinne sicherlich, Sir,“ unterbrach ihn der Wirt, „nicht aber in dem unferigen, die wir unsere Neugier kennen; und um gleich alles zu sagen, so möchte ich Ihnen als Freund raten, die Stadt und womöglich den Staat ohne die geringste Verzögerung zu verlassen. Ich habe einige Worte des Predigers in bezug auf Sie aufgefangen, die nichts Gutes verkünden, und es sollte mich schmerzen, Sir, Sie nicht vor Unannehmlichkeiten schützen zu können, deren Grenzen sich im Augenblicke noch nicht einmal absehen lassen. Ich kann meinen leichten Wagen in drei Minuten angehängt haben und fahre Sie nach der nächsten Station der Postkutsche, die gegen Mittag dort halten wird. Beim Dunkelwerden erreichen Sie dann Nashville und nehmen das Dampfboot, was von dort nach dem Ohio abgeht.“

„Das heißt, ich soll flüchten?“ rief der Deutsche, überrascht, aber noch ungewiß sich von seinem Stuhle erhebend.

„Gerade das, Sir, und zwar so lange es noch Zeit ist!“ war die bestimmte Antwort.

„Und vor wem, Sir, und weshalb?“ rief Reichardt erregt; „vor dem Prediger Curry, und wegen einer vielleicht hier unvorsichtigen, aber sonst ganz harmlosen Äußerung?“

„Nimmermehr, Sir, und wenn ich auch in dieser Schnelligkeit mich hier losreißen könnte. Ich denke, ich bin in einem Lande, wo wenigstens Gesetz und Ordnung herrschen, wenn auch die Redefreiheit auf ganz besonderen Füßen zu stehen scheint und ich will die Dinge abwarten, die mich möglicherweise treffen können. Ich glaube gern, daß es der heißeste Wunsch dieses Mr. Curry sein mag, mich wie einen Verbrecher aus der Stadt hegen zu können, ich weiß zu viel von seinen Angelegenheiten — aber wir wollen sehen, wer der Stärkere ist; hoffentlich werde ich auch von andern Seiten nicht ganz verlassen sein!“

„Sie scheinen mit unsern Verhältnissen noch gänzlich unbekannt zu sein,“ erwiderte der Hotelbesitzer, und ein Zug von Unruhe lag in seinem Gesichte auf. „Unser Volk ist das friedlichste und gastfreundlichste; nur darf es nicht an seinem empfindlichsten Punkte, den Verhältnissen der farbigen Diener und Arbeiter berührt werden; und angeht die von Norden ausgehenden brandstifterischen Emanzipationsbestrebungen ist es nur zu sehr in seinem Rechte, wenn es jeden Fremden mit mißtrauischem Auge betrachtet, ihn bei dem entferntesten Verdachte einer Einwirkung auf die Schwarzen kurz und entschlossen aus dem Staate schafft und

ihm das Wiederkommen verleiht. Es ist das ein Gebot der Selbsterhaltung, Sir, und noch selten haben sich in derartigen Fällen unsere Beamten dem Volkswillen zu widersetzen gewagt. Nun liegt jedenfalls schon genug gegen Sie vor, um eine Ausweisung zu rechtfertigen, dazu ist der Prediger Curry, wie Sie selbst sagen, nicht Ihr Freund, und ich sehe Auftritte voraus, die, wenn Sie sich nicht bei Zeiten durch Ihre Entfernung davor schützen, Ihnen die bitterste Erinnerung an unsere Stadt verschaffen könnten.“

„Aber erlauben Sie mir, ich bin noch nicht volle zwei Monate in den Vereinigten Staaten und kenne weder Land noch Leute,“ versetzte Reichardt ruhig, „die mannigfachen Freunde, welche ich mir hier bereits gemonnen, wissen das und werden meine harmlosen Äußerungen danach beurteilen. Im Übrigen aber glaube ich nicht einmal, daß Curry etwas gegen mich zu unternehmen wagt. Ich würde den Vorwurf der größten Feigheit auf mich laden, wenn ich in blinder Angst auf und davon lief, ohne von befreundeter Seite nur einmal einen Rat eingeholt zu haben.“

„Wohl, Sir,“ erwiderte der Wirt, sich kurz erhebend, „ich habe Ihnen meine Hilfe angeboten und kann nichts weiter tun. Halten Sie sich für sicher, desto besser, und ich wünsche von ganzem Herzen mich getrennt zu haben.“

„Und ich danke Ihnen aufrichtig,“ gab der Deutsche zurück; „ich werde sofort ein paar Wege in dieser Angelegenheit gehen — aber muten Sie mir nicht zu, wie ein Verbrecher mich heimlich davon zu machen!“

Der Hotelbesitzer nickte nur und verließ das Zimmer; Reichardt aber griff nach seinem Hute — er war durchaus nicht so ruhig, als er sich gegeben, und vielleicht hätte er bei seiner unsicheren Stellung der Aufforderung seines Hausherrn gefolgt, wenn ihm nicht der Gedanke gekommen wäre, daß der Wirt möglicherweise im Einverständnis mit Curry handele, um ihn so auf die kürzeste und ruhigste Weise aus der Stadt zu schaffen, — wenn er außerdem es nicht auch für seine Pflicht gehalten hätte, Harriet zuerst von dem Stande der Dinge zu benachrichtigen.

Er verließ rasch das Hotel und schlug den Weg nach Burtons Hause ein. Aufmerksam beobachtete er jedes Gesicht in der Straße, welches sich ihm zuwandte; nirgends aber traf er auf einen Blick, der eine Kenntnis des Geschehenen verriet und seinen stillen Befürchtungen Nahrung gegeben hätte, und mit leichterem Herzen erreichte er Harriets Wohnung. Die junge Lady war, wie ihm die öffnende Schwärze sagte, mit ihrem Vater auf das Land gefahren und wurde vor Abend kaum zurück erwartet. Etwas getäuscht trat Reichardt den Rückweg an; nach kurzem Gange erblickte er in dessen vor einem der Geschäftsbüros ein Gesicht, das in freund-

licher Erinnerung ihm die Versammlung der Männer wieder vorführte, welche in Burtons Hause sich seines Interesses so rege angenommen. Der Dastehende nickte dem Deutschen schon von weitem zu. „Wie steht's?“ fragte er, als jener herangekommen war, und streckte die Hand aus, „sind die Sachen endlich geordnet und die Bedenkslichkeiten der frommen Herren beseitigt?“

„Wohl noch nicht ganz!“ erwiderte Reichardt und drückte die dargebotene Hand, „indessen möchte ich mir wohl erlauben, in einer anderen Angelegenheit mir Ihren Rat zu erbitten.“

„Kommen Sie herein, Sir, ich bin immer bereit, wenn ich Ihnen mit etwas dienen kann,“ erwiderte der Amerikaner und schritt dem Deutschen nach einer Schreibstube im Hintergrunde des Lokals voran, zog dort einen Stuhl herbei und ließ sich zugleich auf einen andern nieder. Der junge Mann setzte sich und begann nach einem kurzen Eingange seine frühere Begegnung mit Bob, sowie das ganze mit seinem Wirt am Morgen gehabte Gespräch mitzuteilen, hinzuzufügen, daß er in derselben Angelegenheit Joeben Mr. Burton vergeblich aufgesucht. Der Amerikaner sah, als Reichardt geendet, eine Weile schweigend vor sich nieder. „Ich muß Ihnen sagen,“ begann er dann, sich einigemal rasch durch die Haare fahrend, „daß ich in Ihrem Interesse wünschte, die Geschichte wäre nicht passiert. Ich glaube kaum, daß sich Unannehmlichkeiten daraus entwickeln werden, wie sie Ihr Wirt fürchtet, so viel unnützes Volk wir auch in der Nähe haben, das sich ein Vergnügen aus jedem Krawall macht. — Sie sind unsern besten Männern hier schon genug bekannt, als daß diese sich Ihrer nicht annehmen sollten, und ich glaube auch noch nicht einmal, daß der Schwarze wirklich davon gelaufen ist, ich halte ihn für zu geistig dazu — indessen muß die Sache auf Ihre Zukunft unter uns hemmend einwirken. Man wird nicht Ihren bösen Willen, aber Ihre Unerfahrenheit in unsern Verhältnissen fürchten — und der Methodist, wenn Sie den einmal auf dem Nacken haben, wie mir scheint, ist schon imstande, einen großen Teil der öffentlichen Meinung gegen Sie zu stimmen. Ich sehe nicht, daß sich im Augenblicke etwas anderes tun ließe, als die Dinge abzuwarten.“

Reichardt sah in das Gesicht des Mannes, welches trotz der Herzlichkeit des Tons einen Zug starrer Zurückhaltung anzunehmen begann, und erhob sich. „Ich will Sie nicht länger belästigen, Sir,“ sagte er, „ich fange an, einen Einblick in den Stand der Dinge zu erhalten, und werde, sobald ich nur Mr. Burton gesprochen, die Bewohnerschaft von der Sorge über meine Anwesenheit befreien.“

„Es ist wirklich äußerst unangenehm, und ich kann Ihnen nicht sagen, wie leid mir die Sache tut,“ erwiderte der

Industriegruppe	Zahl der Aufsichtsratsstellen						
	Deutsche Bank	Disconto-Gesellschaft	Dresdener Bank	Schaffhauserischer Bankverein	Berliner Handels-Gesellschaft	Darmstädter Bank	Nationalbank
Uebersicht	60	60	41	76	62	50	52
Baugewerbe	1	—	3	5	—	—	1
Kunstlerisches Gewerbe	2	—	—	—	—	—	4
Handelsgewerbe	32	38	25	28	10	16	25
Verkehrsgewerbe	7	6	3	5	1	6	1
Verkehrsgewerbe	9	19	14	22	14	16	9
Ausländische Gesellschaften	24	10	12	6	16	14	6
Gast- und Schankwirtschaften	—	—	1	—	—	—	—
Holz- und Schnitzstoffe	—	—	—	—	—	1	—
Schaustellungs-gewerbe	—	—	—	—	—	—	—
Plantagen-gesellschaften	—	—	—	—	—	—	2
Elektrizitäts-industrie	15	7	8	4	12	11	—
Grundstück-gesellschaften	9	3	13	4	8	17	—
Zusammen	159	143	120	148	123	132	101

Nahzu eintausend Aufsichtsratsstellen werden allein durch die acht größten deutschen Banken beigesteuert. Mit anderen Worten: In einer Riesenzahl der wichtigsten deutschen Aktiengesellschaften sprechen die Banken tonangebend mit.

Interessant sind die Unterschiede, die sich bei den einzelnen Industriegruppen ergeben, wenn man die Zahl der in den Händen der Banken befindlichen Aufsichtsratsstellen vergleicht. Vom Handels- (und auch Bank-)gewerbe sprachen wir schon; daß da die Ziffer besonders groß erscheint, ist nicht weiter verwunderlich. Verblüffend ist dagegen, daß in der deutschen chemischen Industrie die acht Banken nur 24 Aufsichtsratsstellen beisteuern, in der Elektrizitäts-Industrie dagegen nur von fünf Banken 57 Posten. Die chemische Großindustrie wird heute in Deutschland durch 98 Aktiengesellschaften dargestellt; „elektrotechnische Industrie“ und „Elektrizitätserzeugung“ zählt 129 Aktiengesellschaften. Die stärkere Beherrschung der Elektroindustrie durch die Banken ist ohne weiteres ersichtlich.

Genauer betrachtet hängt das mit der Kreditfunktion der Geldbanken zusammen. Die chemischen Aktiengesellschaften sind bei den Banken Deutschlands ganz allgemein Gläubigerindustrie, von ihren Riesengewinnen fließen alljährlich Millionen als Guthaben einfließen an die Banken ab. Die Elektrizifizierung ist schon in der Sache mehr ein Kreditgeschäft. Straßenbahnen, die elektrifiziert, Kraftstationen, die mit Riesemaschinen eingerichtet werden, sie sind zumeist nicht nach der normalen Handelskreditfrist glatt auf einem Brett bezahlt. Karrenweises Abtragen der Schuld ist in der Elektro-Industrie bei solchen Objekten die übliche Zahlungsmethode. Die Elektro-Aktiengesellschaften holen sich deswegen die nötigen Betriebsgelder von den Banken, sie bilden eine Schuldnerindustrie. Das bedeutet naturgemäß eine Verteuerung der Produktion, weil die Bankkredite unbedingt und anständig zu verzinsen sind. Von der anderen Seite betrachtet: Die Elektroindustrie wäre heute noch nicht so monopolisiert, wenn sie nicht überall und immer gejagt hätte, baut, gründet, wir geben uns mit Teilzahlungen zufrieden, die von dem zu schaffenden elektrischen Straßenbahnbetrieb, den zukünftigen Einnahmen der Licht- und Kraftzentrale an uns abzuliefern sind. Deswegen ist wieder die Herrschaft der Elektrokonzerne in Deutschland neben den Banken am ausgebreitetsten. Ihr Monopolwucher mit am stärksten. Bekanntlich herrscht allein die Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft in Deutschland heute über rund 200 Elektro-Unternehmen mit einem Betriebskapital von zirka 1,5 Milliarden Mark.

Zur Tabelle selbst sei noch gesagt, daß die Macht der Großbanken in Wirklichkeit viel weiter reicht, als hier erkennbar ist, weil ja die Kontrolle nur so weit gehen kann, als die Aufsichtsräte angestellte Beamte der Banken sind, darüber hinaus existieren aber noch ganz bedeutende Interessenverbindungen.

In welchem Tempo haben sich die deutschen Banken entwickelt? Näheres zeigt uns folgende kleine Zusammenstellung von Zahlen. Nach der Französischen Statistik existierten in Deutschland im Jahre 1883 113 Banken. Davon waren 13 Noteninstitute, 24 Hypothekendarlehenbanken und 71 Kreditgeldgeschäfte. Bis zum Jahre 1911 hat sich das Bild grundlegend geändert. Banken mit Notenprivileg, mit dem Rechte, oder, was manchmal wichtiger ist, mit der Pflicht, Banknoten auszugeben — wenn in der Staatstasse nicht genug Geld vorhanden, oder die Industrie alles bare Geld verschluckt hat — gibt es nur noch fünf. Die Reichsbank, die Badische Bank, die Bayerische Notenbank, die Württembergische Notenbank und die Sächsische Bank. Die Zahl der Hypothekendarlehenbanken ist auf 40 gestiegen, die Ziffer der Kreditbanken auf 158. Das sind zusammen 203 Banken gegen 113 vor noch nicht dreißig Jahren. Die Höchstziffer an Banken wurde überdies 1908 erreicht; seitdem ist sie wieder zurückgegangen. Von 1910 zu 1911 wieder um 7 Bankinstitute. Charakteristisch ist fünf wurden fusioniert, eines liquidiert und eines machte bankrott.

Die eigentliche Macht der deutschen Banken kommt zum Ausdruck in ihren Aktienkapitalien, ihren angehäuften Reserven und nicht zuletzt an den Dividenden, die sie zahlen konnten, oder richtiger, wollten. Die industrielle und kommerzielle Entwicklung zeigt uns hier von den Banken das folgende Bild:

Verichtsjahr	eigenes Kapital		Dividende in Prozent
	Grundkapital in Millionen Mark	Reserven in Millionen Mark	
1884	1.285,7	174,4	85,87
1889	1.536,4	262,1	120,10
1894	1.700,4	347,0	113,55
1899	2.712,8	605,0	215,63
1904	2.966,9	784,5	213,66
1909	3.752,4	1.089,9	285,09
1911	3.990,2	1.316,4	307,11

Das Grundkapital aller Banken stieg auf rund das Dreifache, die Reserven, die durch die Unternehmen angeammelt wurden, kletterten riesig, die ausgezahlte Dividenden summe wuchs auf bald das Vierfache. Als durchschnittliche Dividende ergab sich 1911 bald 8%. Dazu kommt aber, daß von Jahr zu Jahr der Teil des Bruttogewinns, der als Dividende in die Taschen der Aktionäre fließt, geringer wird. Der Unkostenanteil steigt! Im Jahre 1883 machten die Unkosten aller Banken 17 Prozent des Bruttogewinns aus, 1911 dagegen 31,1 Prozent! Bei der Deutschen Bank sogar 43 Prozent! Dies hat nicht nur seinen Grund in der Steigerung der Ausgaben, die durch die Ausbreitung des Geschäftes, größere Kapitalanlagen für Gebäude, Betriebe usw. usw. entstanden. Das Unkostenkonto ist heute bei den Banken das, was in der braven Bürgerwohnung der dunkle Korridorwinkel ist — alles was öffentlich nicht erkennbar zu sein braucht, nicht gesehen werden soll, verschwindet heute unter den Unkosten. Da sind die riesigen Repräsentationsausgaben der Direktoren, die Hunderttausendmarktgagen an die Chefs der Banken, die Remuneration an Direktoren und Prokuristen, soweit sie nicht als Lantienne ausgewiesen sind, und alles ähnliche verbucht. Die gar nicht so seltenen „Bequemlichkeitsgelder“, wie sie der Gewaltige der U.-E.-G. Reichardt kürzlich einmal nannte, als das Gericht festnagelte, daß er dem Vertreter eines Handelsblattes für Artiglein in der Aktionärerversammlung geschmiert hatte — alles, alles verschwindet unter den „Unkosten“. Das ganze nicht zu kleine Parasitentum der Großbanken, soweit es nicht unter „Gehälter“, „Provisionen“ oder „Lantienne“ entschädigt ist, lebt von den „Unkosten“.

Alle Zahlen zeigten uns, in welchem innigem Zusammenhang mit der Industrie heute die Banken stehen. Dem Arbeiter ist es selbstverständlich geworden, um höheren Ertrag seiner Arbeit — in Lohn- oder Zeiteinnahme — zu kämpfen. Hunderttausenden ist es auch schon klar geworden, daß sie als Konsumenten sich nicht ausbeuten zu lassen brauchen, wenn sie sich vereinigen. Jetzt ist man auch auf dem Wege, die Gelder der Gewerkschaften, der Genossenschaften immer mehr den Großbanken zu entziehen, in eigenem Interesse unterzubringen. Welche Bedeutung das hat, und was für Arbeit zu leisten ist, zeigen uns die vorliegenden Zahlen.

## Die wirtschaftliche Lage der Arbeiter in Sachsen.

Die sächsischen Gewerbeinspektoren haben soeben ihren Jahresbericht für das Jahr 1911 erscheinen lassen. Außer umfangreichen Statistiken, die hier zunächst wenig interessieren, enthält der Bericht, wie üblich, auch Betrachtungen über die wirtschaftlichen und sittlichen Zustände der Arbeiterbevölkerung und über Wohlfahrts-einrichtungen. Die sächsischen Fabrikinspektoren sind sich darin einig, daß die Lage der Arbeiterschaft im Berichtsjahr keine Verbesserung erfahren hat, denn wo Lohnsteigerungen eingetreten sind, sind sie durch die gestiegenen Lebensmittelpreise in der Regel mehr als wett gemacht worden. Wir lassen die Auslassungen der Fabrikinspektoren nachstehend folgen:

„Reishauptmannschaft Bauhen. Die Löhne hielten sich, wenn auch in vereinzelten Fällen Teuerungszulagen gewährt wurden, in gleicher Höhe. Wenn daher das Einkommen des größten Teils der Arbeiter auch keine Schmälerung erfahren hat, so dürfte doch die wirtschaftliche Lage der Arbeiterbevölkerung bei dem andauernd hohen Preisstand der meisten Lebensbedürfnisse und der weiteren Preissteigerung einzelner wichtiger Lebensmittel, wie z. B. der Kartoffeln, als eine bessere gegen das Vorjahr kaum bezeichnet werden können.“

„Reishauptmannschaft Chemnitz. Die Erwerbsverhältnisse der Arbeiter waren im allgemeinen nicht ungünstig. Die Maschinenfabriken und Eisengießereien benötigten mehr Arbeitskräfte als im Vorjahre. In vielen Betrieben machten sich Überstunden nötig, wodurch sich der Verdienst erhöhte. Soweit in den schweißbeschäftigten Kleiderstoffwebereien, Handschuh- und Strumpffabriken Arbeitskräfte frei wurden, fanden sie in Färbereien, Decken- und Tricotagenfabriken Aufnahme.“

Die Löhne erfuhren in den wichtigeren Industriezweigen, abgesehen von einzelnen Herabsetzungen, eine Aufbesserung, zum Teil infolge der erheblichen Steigerung der Lebensmittelpreise, die der außergewöhnlich trockene Sommer verursachte. Eine Aufbesserung der Löhne um 5—10 Prozent, teilweise durch Lohnbewegungen herbeigeführt, trat insbesondere in der Posamentenindustrie und im Baugewerbe ein.

Die für den Arbeiterhaushalt nachteiligen Folgen der hohen Lebensmittelpreise haben vielfach Gemeindeverwaltungen und Unternehmer durch den Bezug und billigeren Verkauf der wichtigsten Lebensmittel, Kartoffeln, Seefische und Fleisch zu mildern gesucht. Einige Arbeitgeber bezogen auch Pflanzenbutter, Käse, Brennstoffe und anderes im großen und gaben sie zum Selbstkostenpreis an die Arbeiter ab.“

„Reishauptmannschaft Dresden. . . . Doch sind auch die Nahrungsmittelpreise teilweise erheblich gestiegen und die Wohnungsmieten anhaltend hochgeblieben, so daß die höheren Löhne dadurch aufgewogen worden sind.“

„Reishauptmannschaft Leipzig. Der bereits im Vorjahre beobachtete wirtschaftliche Aufschwung hat im allgemeinen angehalten. In einer größeren Anzahl von Betrieben wurden die Arbeits-

Amerikaner, seinen Gasi nach der Tür begleitend, „ich kann aber beim besten Willen nicht sehen, was sich darin tun ließe.“

Der Deutsche schritt mit einer Verzerrung die weiteren Worte ab und wandte sich in gedrückter Stimmung nach dem Hotel. Er sah im Geiste alle die Männer, welche ihn so lebhaft ihrer Grundlichkeit und Unerschrockenheit, in ähnlicher Weise von sich abfallen. Er hatte mit seinem beobachteten Wohlwollen für das augenblicklich ein Verbrechen begangen, das ihn von jeder ferneren Teilnahme ausschloß, und der Wirt hatte mit seinen Anzeichen der Dinge nur zu sehr recht gehabt. Demohngachtet sollte ihm jetzt niemand seine Entwarnung anmerken; er wollte, sobald er nur Harriet noch einmal gesehen, die Stadt verlassen, aber offen und unangewungen.

Mit auferregtem Kopfe betrat er das Hotel, in welchem soeben die Mittagsglocke geläutet hatte, und wandte sich nach dem Speisezimmer. Sein Eintritt schien hier eine Art Aufsehen zu erregen. Die nach oben von einzelnen Säulen lebhaft getriebenen Gespräche änderten plötzlich, während sich von allen Seiten die Blicke mit einem Ausdruck der Bewunderung oder Neugierde nach ihm kehrten. Reichardt konnte sich einer letzten Bejahung nicht erwehren, nahm indessen ruhig seinen Platz ein und überließ es absichtlich, daß die ihm zunächst Sitzenden die Köpfe von ihm wandten und mit ihrer Nachbarschaft eifrig zuplatschten. Hier hatte also die Gelegenheit schon zu arbeiten begonnen, und es konnte nun kaum fehlen, daß nach wenigen Stunden die ganze Stadt davon voll war. Es ward dem Deutschen bald peinlich, der eifrigste Gegenstand der allgemeinen Aufmerksamkeit zu sein. Ohne Haß, aber in möglicher Kürze beendete er sein Mahl und schritt dann nach der Vorhalle hinaus. Dort stand der Wirt im Gespräch mit dem Haushalter. Kaum aber hatte der letztere im Umarmen Reichardts Gesicht erblickt, als er auch, wie um jeder Begegnung mit dem Deutschen auszuweichen, sich nach dem Innern des Hauses wandte, während der zurückgebliebene Haushalter einen zufriedenen Blick nach dem Gasse warf und in der „Offiz“ verschwand. Reichardt neigte den Kopf und verließ das Haus — er gedachte es, daß es bald hohe Zeit für ihn werde, dem Orte der Ratten zu kehren.

Planlos schritt er die nächste Straße ein, welche aus der Stadt führte; er wollte nicht eher zurückkehren, als bis er Harriet oder wenigstens deren Vater gesprochen — aber es war bereits sehr spät abends, als er ein durch die Dunkelheit seinen Weg zurück fand, ohne dennoch zu seinem Ziele gelangt zu sein. Ein eigenartiges Unglück schien ihn verfolgt zu haben. Er hatte, um ein paar Stunden zu leben,

seine Richtung über die nächtliche Höhe nach einem geschonten Waldstücke genommen und sich hier zum Schlafen niedergelegt. Aber erst bei Einbruch der Dämmerung war er aus allerhand verworrenen Träumen erwacht. Eilig hatte er sich Burtons Haus aufgesucht, aber nur wiederholt den Bescheid erhalten, daß die Herrschaft noch nicht zurück sei. Als er sich jetzt, die Straßen der Stadt meidend, langsam wieder entfernte, erinnerte er sich plötzlich, daß ihm Burton versprochen, wegen seiner Anstellung mit Young zu reden. War durch diesen dem alten Herrn vielleicht zu Ohren gebracht worden, was gegen den Deutschen vorlag, und die Fahrt ins Land nur angeordnet, um seinem Besuche aus dem Wege zu gehen?

Die Annahme erschien nach den Erfahrungen des Tages vollkommen logisch. Welches besondere Interesse hatte Burton an ihm zu nehmen? und mußte nicht die Angelegenheit ganz gelegen kommen, um auf die kürzeste Weise dem Zwielichte in der Kirchengemeinde vorzubeugen? Zum ersten Male seit dem Morgen küßte Reichardt ein Gefühl herber Bitterkeit in seiner Seele aufsteigen, das sich erst bei dem Gedanken an Harriet jählings. An sie glaubte er, von ihrer Abwesenheit mußte er, daß sie absichtslos war, und sie wollte er auch nur noch allein aufsuchen.

Reichardt war mit seinen Gedanken beschäftigt fortgewandert, bis er sich auf einer von Geldeinzählungen begrenzten Straße fand, deren Richtung ins offene Land zu führen schien. Er blieb einige Sekunden stehen, um sich möglichst zu orientieren, wanderte dann zurück und schlug die erste Straße, welche seinen bisherigen Weg durchkreuzte und sich nach der Stadt zu wenden schien, ein. Bald aber endete diese an dem geschlossenen Gittertor einer Baumwollpflanzung, und der Herrliche, wollte er nicht noch einmal umkehren, konnte nichts tun, als die Einzählung übersteigen und in der verbotenen Richtung das Feld überschreiten. Wenn andere Einzählungen hätte er, welche er auf seinem mühseligen Wege zu passieren hatte, bis er endlich wieder freien Grasboden unter sich fühlte. Die Nacht war längst hereingebrochen, und von der Stadt konnte er keine Spur entdecken. Trotzdem glaubte er in der Richtung nicht fehlen zu können. Er schritt so rasch vorwärts, als es sich auf dem unebenen Boden mit einiger Sicherheit tun ließ, und erblickte nach kurzem die Chaussee, hell aus dem Dunkel sich heraushebend, vor sich. Jetzt konnte er zwar nicht mehr sehen, aber die Straße, welche er zurückzulegen hatte, ehe ihn die Lichter der Stadt entgegenblinzelten, zeigte ihm, wie weit ab ihn sein Weg geführt.

Als er sich dem Hotel näherte, fiel ihm ein eigenartliches Leben in der nächsten Umgebung desselben auf. Kleine Trupps von Menschen fanden partout an den Häusern an-

her, und wo das Licht der Verkaufsläden auf einzelne derselben fiel, ließen sich Gestalten erkennen, deren unsaubere Kleidung und verwildertes Gesicht am wenigsten in die reiche elegante Landschaft zu gehören schienen. Ein Trirkolal in der Nachbarschaft war mit Menschen ähnlicher Art gefüllt. Demohngachtet ließ sich nirgends ein überlautes Wort hören, und nur eine Art Summen verriet dem Entfernteren den lebhaften gegenläufigen Wortausbruch. Reichardt war indessen nicht in der Stimmung, Beobachtungen über Menschen und Sitten anzustellen. Er ging rasch nach der Hoteltür, die er zu seiner Verwunderung geschlossen fand, und die erst nach scharfem Klopfen seinerseits von einem der Schwarzen vorsichtig geöffnet wurde. Ohne sich aber mit Fragen über die Ursache der ungewohnten Maßregel aufzuhalten, eilte er nach seinem Zimmer hinauf, um, ehe er Harriet noch einmal aufsuchte, mit sich selbst über seine Lage ins Klare zu kommen.

Er hatte soeben Licht angezündet und seinen Hut abgelegt, als die Tür heftig aufgerissen wurde und der Wirt mit verstörtem Gesicht eintrat. Ohne ein Wort zu sprechen, löschte er das Licht und faßte den Arm des Deutschen. „Sie dürfen keine Minute hier bleiben, Sir, wenn Sie sich nicht dem Argsten aussetzen wollen,“ sagte er in hörbarer Aufregung. „Ihr Eintritt ins Haus ist bemerkt worden — ich habe Sie heute früh noch gewarnt, und nun ist das Unglück da!“

„Aber was gibt es denn? — von welchem Unglück sprechen Sie?“ rief Reichardt, dem es wohl wie eine böse Ahnung durch die Glieder gefahren war, dem aber dennoch jede Vorstellung von dem, was ihm drohen konnte, fehlte. „Was es gibt Sir?“ erwiderte der Hotelbesitzer in steigender Erregung, „daß Sie aus dem Hause geschleppt, gefesselt und gefesselt und dann aus dem Stadt gefesselt werden, das gibt es, Sir! Ein sogenanntes Komitee der Bürger war heute nachmittag zweimal hier, um Sie aufzufordern, um verzüglich den Ort zu verlassen. Ich wurde selbst ins Verhör genommen und mußte ihnen der Wahrheit gemäß sagen, daß Sie sich nicht wollten wie ein Verbrecher hinwegtreiben lassen. Jetzt sind die Exekutionsmannschaften, das verdammtste Volk, das auf kleinen Plätzen zwischen unsern Plantagen lebt und dessen höchste Lust ein Mord ist, herein gekommen — ich muß das Haus durchsuchen lassen, wenn ich mit nicht ein Demolierung gefallen lassen will, und Sie —“

Ein hundertsümmiger, brüllender Schrei auf der Straße verjagte die übrigen Worte. Zugleich aber drang zu dem Fenster eine rote Helle herein, mit jeder Sekunde an Glanz zunehmend. (Fortsetzung folgt.)

Löhne um 5—10 Prozent erhöht. Die wirtschaftliche Lage der Arbeiterbevölkerung dürfte aber infolge der hohen Preise der wichtigsten Lebensmittel kaum eine bessere geworden sein.

Aus dem Bezirk der Kreishauptmannschaft Zwickau wird ein klar abgeschlossenes Urteil nicht geliefert. In vielen Einzelfällen wird aber gezeigt, daß Unternehmer, teilweise auch Kommunen, sich veranlaßt gesehen haben, Kartoffeln und Seefische zum Selbstkostenpreis zu liefern, woraus sich der selbstverständliche Schluss ergibt, daß auch dort die wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiter sehr zu wünschen übrig lassen.

Trotz des Kinderschutzgesetzes ist die Ausbeutung der Arbeitskraft des Kindes in einzelnen Gegenden Sachsens noch überaus stark. Die Fabrikinspektionsbeamten scheinen nach den Berichten allerdings eine umfassende Aufsicht zu üben, trotz allem wird das Kinderschutzgesetz in überaus zahlreichen Fällen übertreten. Die Ausbeutung der Kinder ist teilweise eine geradezu ungeheuerliche. Die Gewerbeaufsichtsbeamten für die Kreisstadt Zwickau ermittelten, daß die Heimindustrie für das Knüpfen von Franzen folgende Löhne zahlte:

„Für drei Reihen Knoten an wollenen Tüchern mit angemessenen Franzen 25—60 Pfg. das Duzend. Ein Knabe verdient mit Knüpfen bei 5—6stündiger Arbeitszeit 28 Pfg. täglich. In einem anderen Falle knüpfen vier Kinder im Alter von 7—14 Jahren, die Mutter und die Großmutter drei bis vier Duzend Tücher täglich und erzielen dabei einen Verdienst von 75—100 Pfg.“

Besonderer Wert wird von den Fabrikinspektoren darauf gelegt, in dem Jahresbericht auf die Wohlfahrtsvereine hinzuweisen; wenn ein Unternehmer seinen Arbeitern im Betriebe billigen Kaffee bietet, dann wird das gewissenhaft registriert, wie auch jeder Einzelfall erwähnt wird, in welchem den Arbeitern eine Gratifikation von oft lächerlich geringer Höhe erteilt wird. Wie wir zu dem ganzen Wohlfahrts-humbung stehen, ist zur Genüge bekannt, deshalb erübrigt es sich, hier weiter darauf einzugehen. Auch wenn man die ganzen Leistungen der Unternehmer auf dem Gebiete der Wohlfahrt zusammenfaßt, steht die Summe des Geleisteten in gar keinem Verhältnis zu der Größe und Bedeutung der sächsischen Industrie, zu der Zahl der Arbeiter, die beschäftigt werden und zu den teilweise enormen Gewinnen, die den Unternehmern zufließen. Jedenfalls aber ergaben die amtlichen Berichte mit der wünschenswertesten Deutlichkeit, daß es eine Fabel ist, wenn immer noch in der bürgerlichen Presse erzählt wird, daß die Lage der Arbeiter sich ganz wesentlich gebessert habe. Den sächsischen Fabrikinspektoren wird jedenfalls niemand nachsagen können, daß sie die Lage der Arbeiter zu schwarz geschildert hätten, eher könnte das Gegenteil richtig sein.

## Aus der Partei.

Der Kronzeuge in dem Deutzer „Landfriedensbruch“-Prozess. Der „Kaufmann“ Robert Hauptmann in Köln fühlte sich durch zwei Artikel in der „Rheinischen Zeitung“ beleidigt. Die Sache beschäftigte am Montag die Kölner Strafkammer. In dem „Landfriedensbruch“-Prozess, der aus Vorgängen bei einem Bauarbeiterstreik in dem Kölner Vorort Deutz entstand, wurde u. a. unser Genosse Georg Fröhlich, der Bevollmächtigte des Bauarbeiterverbandes, zu der ungeheuerlich hohen Strafe von zwei Jahren sieben Monaten Gefängnis verurteilt, weil er sich der „Aufreizung“ und der Nötigung schuldig gemacht haben sollte. Nach der festen Überzeugung aller, die Fröhlich kennen, und der Überzeugung auch bürgerlicher Juristen, die die Verhandlungen vor dem Schwurgericht beobachtet haben, ist Fröhlich unschuldig verurteilt worden. Alle Bemühungen, das Wiederaufnahmeverfahren zu erreichen, blieben erfolglos. Unser Kölner Parteiblatt hat es sich angelegen sein lassen, in Erstrebung dieses Zieles den Hauptbelastungszeugen, den Kronzeugen der Staatsanwaltschaft, in der gebührenden Weise zu kennzeichnen, um seine Unglaubwürdigkeit darzutun. Auf Bemerkungen der Verteidiger Fröhlichs hatte der Staatsanwalt erwidert, daß Hauptmann zwar vorbestraft, aber dennoch glaubwürdig sei und „den besten persönlichen Eindruck mache“. Darauf hat die „Rheinische Zeitung“ einmal die Vorstrafen der Kronzeugen zusammengestellt. Die Liste sieht folgendermaßen aus: Wegen Unterschlagung 100 Mark, Untreue drei Monate und 100 Mark, Betrug neun Monate, Unterschlagung drei Wochen, Betrug und Unterschlagung zehn Monate, Betrug und Unterschlagung sechs Monate und Verletzung in die zweite Klasse des Soldatenstandes, Beleidigung ein Monat, Betrug und Unterschlagung vier Monate, Unterschlagung fünf Monate, wiederholter Betrug und Unterschlagung zehn Monate. Die Liste macht auf Vollständigkeit keinen Anspruch. Nachträglich wurde Herr Hauptmann auch noch in Kuppel- und Expreßaffären verwickelt. Genau: so sieht der Kronzeuge aus, der „den besten persönlichen Eindruck machte“. Das Schönste aber ist, daß die Staatsanwaltschaft, als der Gentleman sich durch unser Kölner Parteiblatt beleidigt fühlte, ihn nicht auf den Weg der Privatklage verwies, sondern die öffentliche Anklage gegen den verantwortlichen Redakteur einleitete und durchsetzte. Die Strafkammer verurteilte Genossen Franke unter Zubilligung der Vergünstigung des § 193 (Wahrung berechtigter Interessen) zu 40 Mk. Geldstrafe.

## Aus Schwarzburg-Rudolstadt.

Die Bemühungen der Regierung, sich durch das Gutachten des Staatsrechtslehrers Laband das Gewissen zu salbieren wegen der Verfassungswidrigkeit ihres Vorgehens, haben jetzt dazu geführt, daß auch die sozialdemokratische Landtagsfraktion durch eine andere juristische Autorität in Berlin ein Gutachten über die Rechtslage in Verfassungskonflikt eingeholt hat. Dieses neue Gutachten wird der Fraktion bei der kommenden Rückbewilligung der dekretierten Beamtensteuererhöhungen wesentliche Dienste leisten.

Die nationalliberale Presse ist eifrig befreit, die Regierung des kleinen Staates scharf zu machen, bei welcher Gelegenheit wieder der Versuch gemacht wird, die Wahrheit auf den Kopf zu stellen. So behauptete die nationalliberale

„Bezeichnend für die sozialdemokratische Weltanschauung ist es, daß die sozialdemokratische Landtagsmehrheit in Schwarzburg-Rudolstadt einer leeren Formalität zuliebe die Beamten und Arbeiter des Fürstentums die wohlverdiente Steuererhöhung entbehren lassen will. Das wirft auf die immer so ostentativ betonte Beamtenfreundlichkeit der Sozialdemokratie ein eigenartiges Licht. Jedenfalls werden unsere Beamten aus diesem Vorfall erkennen können, was sie von den Sozialdemokraten zu erwarten haben.“

Gelogen wie gedruckt. Die Sozialdemokraten haben sich nicht, wie hier der Anschein zu erwecken versucht wird, gegen Steuererhöhungen überhaupt erklärt, sie verlangten nur eine gerechtere Verteilung dieser Zulagen. Nach der Regierungsvorlage waren die Zulagen eine prozentuale Gleichmäßigkeit gewesen, die sozialdemokratische Fraktion dagegen verlangte mit vollem Recht, daß den unteren schlecht bezahlten Beamten und Angehörigen eine erheblich größere Zulage, den höheren gut bezahlten Beamten dagegen eine geringere gewährt werden sollte. Wenn unsere Parteigenossen der Meinung waren, daß z. B. die Pfarrer keine Steuererhöhung brauchen, so kann diese Meinung nur geteilt werden. Gerade in den thüringischen Staaten sind die Pfarrer derart gut bezahlt und haben bei der Kleinheit ihrer Bezirke so wenig zu tun, daß schon eine etwas stark ausgeprägte Phantasie dazu gehört, bei den „Arbeitern im Weinberge des Herrn“ einen Notstand entdecken zu wollen. Der Ausfall der letzten Landtagswahlen hat den Beweis geliefert, daß die Bevölkerung des Fürstentums Schwarzburg-Rudolstadt in ihrer großen Mehrheit mit dem Verhalten der Sozialdemokratie einverstanden ist und auch eine abermalige Auflösung dürfte kaum ein anderes Resultat ergeben. Deshalb der Wunsch der reaktionären Parteien, daß das Reich eingreifen möge. Die nächsten Tage dürften bereits eine Entscheidung bringen.

Weiter lagen dem Landtage am Mittwoch drei Gesetze zur Beratung und Beschlußfassung vor, nämlich ein Gesetz über die Errichtung eines Oberversicherungsamtes, ein Gesetz über die Errichtung staatlicher Eichämter und ein Gesetz über die Errichtung eines gemeinsamen Erbschafts- und Zuwachssteueramtes. Alle drei Gesetze wurden ohne wesentliche Debatte einstimmig angenommen.

Unsere Fraktion hat im Landtage zur Fleischsteuerung folgende Interpellation eingebracht: Der Landtag wolle beschließen, die Staatsregierung zu ersuchen, in Anbetracht der gegenwärtig herrschenden, allgemein bekannten Fleischnot im Bundesrat unverzüglich für die größte Erleichterung bei Einfuhr von ausländischem Fleisch und Vieh einzutreten. Sie wolle weiter darauf hinwirken, daß der Reichstag sofort einberufen wird, um zu dieser äußerst wichtigen Lebensfrage des Deutschen Reiches Stellung zu nehmen. Der Landtag wolle ferner die Staatsregierung ersuchen, den Gemeinden des Landes bei Fleischbezug für die ärmere Bevölkerung eine weitgehende finanzielle Unterstützung zu gewähren, und seine Zustimmung erteilen, daß zu diesem Zwecke vorläufig bis zu 20 000 Mark aus den Überschüssen der abgelaufenen Finanzperiode verwendet werden.

Vor Eintritt in die Tagesordnung der Landtagsitzung vom 11. September gab der Staatsminister v. d. Rede bekannt, er habe dem hohen Hause das Rechtsgutachten des Dr. Laband mit dem ausdrücklichen Wunsche übergeben, daß es noch nicht veröffentlicht werden sollte; es sei noch literarisches Eigentum des Verfassers und könne die Veröffentlichung als literarischer Diebstahl betrachtet werden. Gegen des Ministers Willen und Wissen ist aber das Rechtsgutachten teilweise in die Presse gelangt, und sind daran ganz unzutreffende Schlüsse geknüpft worden. Obgleich das Ministerium in der Auslegung des Grundgesetzes einzig war, sind doch abweichende Meinungen über einzelne Fragen ausgesprochen, die von einer Autorität der Staatsrechtslehre begutachtet werden sollen. Keineswegs hat die Regierung damit eine Provokation der Mehrheit des Landtages gewollt. Die Staatsregierung hat nicht die Absicht, die bestehenden Gegensätze zu verschärfen, sondern auszugleichen. Das soll aber nicht heißen, daß die Regierung von ihrem bis jetzt vertretenen Standpunkt abgeht, sie glaubt, ihre Auffassung von dem Grundgesetz durchzuführen zu müssen.

Bei Erörterung über Errichtung eines gemeinsamen Oberversicherungsamtes für die beiden Schwarzburger Fürstentümer erklärte die Regierung, daß die Errichtung von Landtrankentassen nicht in Aussicht genommen sei.

## Gewerkschaftsbewegung.

Ausperrung christlicher Metallarbeiter in Menden in Westfalen. Seit einiger Zeit bestehen bei der Firma Schmoll & Co. in Menden in Westfalen Differenzen mit den Arbeitern, die in dem Vorgehen des Zentrumsstadtvorordneten Kossiger, der auch gleichzeitig Vorsitzender des christlichen Gewerkschaftsstellens ist, ihre Ursache haben. Kossiger wurde wegen grober Tätlichkeiten gegen einen seiner Mitarbeiter von der Firma Schmoll & Co. entlassen. Der christliche Metallarbeiterverband nahm in mehreren Versammlungen dagegen Stellung und verlangte dessen Wiedereinstellung. Nachdem die Firma das abgelehnt hatte, unterbreitete ihr der christliche Metallarbeiterverband folgende Forderungen: 1. Am Sonnabend um 5 Uhr Feierabend; 2. jugendliche Arbeiter von 18—21 Jahren erhalten einen Tagelohn von 4 Mark; 3. über 21 Jahre alte Arbeiter erhalten einen Tagelohn von 5 Mark; 4. für Meister einen Tagelohn von 6—7 Mark; 5. Wiedereinstellung des Kossiger. Diese Forderungen wurden von der Firma abgelehnt, worauf, um ihre Anerkennung durchzudrücken, 73 Arbeiter die Kündigung einreichten. Die Firma hat nun als Antwort darauf etwa 400 Arbeiter gefündigt. Es ist das nicht das erste Mal, daß in der Mendener Metallindustrie die Christlichen mit den Unternehmern zusammenstoßen. Erst vor einem Jahre kam es auf dem Neuwalzewerk in Bösperde bei Menden zu einem durch das rücksichtslose Vorgehen der Metallindustriellen heraufbeschworenen Kampf, in dessen Verlauf es in Menden, einer Hochburg des Zentrums, zu blutigen Straßenkämpfen kam. Freie Gewerkschaften und Sozialdemokraten haben in der letzten Zeit in Menden viele Mitglieder gewonnen. Ebenso hat sich die Parteipresse Eingang verschafft, die, da die Zentrumspresse nicht energisch für die Arbeiter eintrat, die Zentrumsgewerkschaftler gegen Unternehmer, Polizei und Gendarmerie verteidigen mußte. Als bei der letzten Reichstagswahl in Altona-Ferlohn die Zentrumsparthei Stimmenthaltung proklamierte, lehnte sich ein großer Prozentsatz der Mendener Zentrumsarbeiter nicht daran und wählte unseren Genossen Spiegel. Nach alledem darf man auf den Ausgang der Sache gespannt sein.

Auf dem schwedischen Gewerkschaftskongress, der im Anschluß an den skandinavischen Arbeiterkongress in

Stockholm tagt, spielte in zweitägiger Debatte die Frage der Unterstützungspflicht der Gewerkschaften bei Streiks eine Hauptrolle. Die Landeszentrale verwaltete einen Streikfonds, aus dem die Gewerkschaften auch beim letzten Generalfreik unterstützt wurden. Einige Gewerkschaften, darunter besonders die Metallarbeiter, vertreten jetzt die Ansicht, daß die Verbände selbst die Kosten ihrer Streiks zu tragen hätten. Der Kongress beschloß jedoch mit 111 gegen 80 Stimmen, es wie bisher zu belassen.

## Kleine Nachrichten aus der Arbeiter-Internationale.

Australien. Die Regierung von Neuseeland ernannte eine besondere Kommission zur Untersuchung der Ursachen und der Abhilfsmittel der Lebensmittelteuerung. — Das Lohnamt der Bergarbeiter in Victoria hat die Löhne für die Hauptgruppen wie folgt festgesetzt: Hauer 10 Mk. pro Tag, Schachthauer 11 Mk., Maschinenisten 10,50 Mk., Schmiebe 10 Mk., desgleichen Zimmerer, Hilfsarbeiter 8,20 Mk. usw. — Mitte Juli lukteten 1200 Arbeitslose in Melbourne eine Audienz beim Ministerium nach, um Mittel gegen die Arbeitslosigkeit und Einstellung der künstlichen Einwanderung zu verlangen. Sie wurden nicht vorgelassen. Sie wandten sich an das Bundesparlament, das auf Antrag der Arbeiterpartei sich sofort mit dem Verhalten der Minister beschäftigte und diesen eine andere Taktik empfahl. Inzwischen aber wächst die Arbeitslosenzahl zusehends.

Belgien. Bei der Aussperrung und dem Streik der Holzarbeiter in Brüssel bemühen sich besonders die Geistlichen der Umgegend als Streifbrecherermittler. — In Lüttich stehen die Wagenbauer seit Wochen im Kampfe um bessere Löhne. — Der nächste Gewerkschaftskongress wird nicht mehr, wie üblich, in den Weihnachtstagen, sondern in der dritten Maiwoche 1913 stattfinden. — Die Steinhauer haben den Unternehmern im ganzen Lande Lohnforderungen unterbreitet, auf welche sie bis zum 15. September Antwort abwarten wollen. — Partei, Gewerkschaften und Konsumvereine eifern ihre Mitglieder zum Sparen an für den kommenden Generalstreik um das Wahlrecht. Überall werden besondere Sammelarten und Marken ausgegeben und wird den Sammlern zugesichert, daß der gesamte Betrag ohne Abzug zurückerstattet wird, sollte es nicht zum Streik kommen, daß sie aber für den vollen Betrag plus 10 % Gratifikation Waren aus dem Konsumverein während des Streiks entnehmen können. Alle Agitationsversammlungen zeigen einen begeisterten Verlauf. Die Angestellten vieler Genossenschaften beschloßen, während des Streiks auf die Hälfte des Gehalts zu verzichten.

Kanada. Jeder Einwanderer in Kanada muß bei der Landung außer genügendem Reisegeld zwischen dem 1. März und 1. November mindestens 104 Mk. (für Kinder je 52 Mk.), zwischen dem 1. November bis Ende Februar dagegen den doppelten Betrag vorzeigen können. Die Einwanderung wird durch die Regierung sehr gefördert, doch warnen die Gewerkschaften davor anbauend unter Hinweis auf die schon jetzt sehr große Arbeitslosigkeit.

England. In einer großen Anzahl von Maschinenfabriken und Schiffswerften streiten die Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter gegen die ihnen infolge des neuen Versicherungsgesetzes gemachten Abzüge für die Beiträge. Ihre Zahl beläuft sich auf über 10 000 in einem Bezirk allein. — In Nottingham fand eine Konferenz von etwa zwanzig Schneidern, Zuschneidern usw. Gewerkschaften unter Leitung des Gewerkschaftsbundes statt, auf der die Schaffung eines Industrieverbandes für die Bekleidungsindustrie beschlossen wurde. — Der am 1. Oktober in Swansea beginnende Bergarbeiterkongress dürfte sehr lebhaft werden, da von vielen Unternehmern eine energische Aktion zur Erhöhung der allgemeinen als völlig ungenügend geltenden Minimallohne — auf Grund des kürzlich erlassenen Gesetzes festgesetzt — verlangt. — Der „Freie Arbeiterkongress“, wie sich eine hier von den Unternehmern aufgepöpelte Organisation nennt, wird am 28. Oktober in London zusammentreten, um mehr Arbeitswilligensschutz zu verlangen. Ganz wie bei uns! — Der Bergarbeiterverband in Nordhumberland macht bekannt, daß keine Streikzulassung mehr gegeben werden kann, da die finanziellen Mittel des Verbandes völlig erschöpft sind.

Schweiz. Den Luzerner Gewerkschaften wurde der Vertrieb einer Lotterie mit 250 000 Francs Geldpreisen, deren Ertrag zur Errichtung eines Volkshauses dienen soll, genehmigt. — Die dem Schweizer Gewerkschaftsbund angeschlossenen Gewerkschaften konnten 1911 ihre Mitgliederzahl von 75 344 auf 78 119 trotz der ungünstigen Verhältnisse vermehren. Die Zahl der weiblichen Mitglieder sank dagegen von 6848 auf 5043. Die größeren Verbände sind die der Metallarbeiter mit 13 425, Transportarbeiter mit 12 106, Uhrmacher mit 11 200, Holzarbeiter mit 7000 und Textilarbeiter mit 6489 Mitgliedern. Die übrigen 16 Verbände haben weniger wie 4000 Mitglieder.

Spanien. Die Streikbewegung nimmt besonders in Saragossa und Malaga andauernd größeren Umfang an. In Malaga war infolge des Baderstreiks kein Brot zu haben, weshalb das Militär eigene Dejen aufstellte und auch für den Verkauf Brot herstellte. Eine Reihe von Bergarbeitern wurden durch Zugeständnisse der Bergwerksbesitzer beigelegt, während andere noch andauern. — Die Graveure in Barcelona konnten eine Erneuerung ihres Tarifvertrages ohne Streik durchsetzen, der ihnen eine Reihe Verbesserungen, u. a. eine Arbeitszeitverkürzung von ¼ Stunde täglich, Anerkennung des 1. Mai und eine Lohnerhöhung für die Hilfsarbeiter brachte. — Die Giebereitarbeiter in Linares konnten eine dreiprozentige Lohnherabsetzung nach achtstägigem Kampf abwehren und dafür Verbesserungen durchsetzen. — Die der Landeszentrale angeschlossenen Gewerkschaften erhöhten ihre Mitgliederzahl seit ihrer Auflösung durch die Regierung von 40 894 auf 127 098, trotz Belagerungszustand und Massenverfolgung. Auch in Spanien, dem Elorado der Junker und Pfaffen, geht die moderne Arbeiterbewegung mit Riesenschritten vorwärts.

Bereinigte Staaten. Der Senat genehmigte ein Gesetz, nach dem eine aus je drei Arbeitgebern, Arbeitnehmern und Regierungsvertretern zusammengesetzte „Industriekommission“ vom Präsidenten auf drei Jahre ernannt werden soll, um Untersuchungen über die Verhältnisse in der Industrie und der Arbeiter anzustellen und dementsprechend Gesetzes- oder ander Reformvorschläge auszubringen. Nach der sechsen vom Gewerkschaftsbunde veröffentlichten Abrechnung des Fonds zur Verteidigung der Brüder Mc. Namara zeigt, daß dafür 236 600 Dollar ausgingen und 228 000 Dollar für die Verteidigung ausgegeben wurden. Der Redakteur Darrow, gegen den die Unternehmerorganisation einen großen Prozeß wegen angeblicher Geschworenenbestechung angestrengt hatten, ist nach langen Verhandlungen glänzend freigesprochen. In Verbindung mit der ganzen Gelegenheit stehen noch eine Reihe von Gewerkschaftsführern unter Anklage. — Die Musiker der Vereinigten Staaten sind sehr gut organisiert und den allgemeinen Gewerkschaften angeschlossen. Um ihre Organisation zu zerstören, hatte die Direktorenverband beschloßen, nur den fahrenden Theatergesellschaften Musiker mit auf die Reise zu geben, sonst die Verwendung von Musikern einzustellen und mögliche Spielapparate zu verwenden. Nach wenigen Wochen kam aber mußten sie sich zu einem neuen und verbesserten Vertragsverhältnis mit dem Musikerverbände begeben.

Einen Kampf auf Leben und Tod führen über 10 000 Bergarbeiter in West-Virginia, denen die zwischen den Organisationen der Besitzer und der Bergarbeiter im Frühjahr vereinbarte Lohnerhöhung nicht bewilligt worden war, weil sie unorganisiert sind. Im April gingen sie in den Streik und wurden sofort aus den Werkwohnungen ausgewiesen — in Schnee und Eis. Die Bergwerksbesitzer ließen die seither im Walde in Zelten darobenden Frauen verfolgen, die Männer drangsalieren durch ihre eigene mit Revolvern und sogar Maschinengewehren ausgerüstete „Schutzwehr“, bis schließlich 2000 Bergarbeiter sich bewaffneten und es zu einer regelrechten zweitägigen Schlacht kam am 28. Juli, die Hunderten das Leben kostete. Die Zeltansiedlung der Streiker wurde zerstört. Jetzt will das Parlament eine Untersuchung dieses Patnt Creek Streiks einleiten. — Nach den neuesten Nachrichten wurde der Kriegszustand über das Streikgebiet verhängt. Die Streikenden hatten sich bewaffnet, doch wurden von der Miliz 200 000 Patronen, 7 Maschinengewehre und 1500 Gewehre konfisziert.

## Aus Nah und Fern.

**Verhungert!** Eine schreckliche Entdeckung wurde am Dienstag im Gruenwald gemacht. Waldarbeiter fanden in der Nähe der Eiserstraße einen total erschöpften Menschen, der kurz darauf starb. Wie sich herausstellte, war der Unglückliche verhungert. Der Körper des Glenden befand sich in einem bejammernswerten Zustande. Der Unbekannte, der etwa 35 Jahre alt gewesen sein mochte, war total abgemagert und das Gesicht eingefallen. Noch deutlich waren in den Gesichtszügen die ausgestandenen Hungerqualen zu lesen. Die Leiche wurde nach der Halle des Selbstmörderfriedhofes bei Schildhorn gebracht. Der Tote war anscheinend ein Handwerksbursche. Er trug einen Spitzbart, der gänzlich verwildert war, und langes, fast bis zum Rücken herunterhängendes Haar. In den Taschen wurde nicht ein Pfennig vorgefunden.

**Flieger Los.** Gestern nachmittag stürzte auf dem Flugplatz Johannistal der Flieger Stiefvater aus 30 Metern Höhe ab und wurde sehr schwer verletzt. Der Abgestürzte hat Verletzungen, Wunden im Gesicht, sowie innere Verletzungen erlitten. — Von den in Sonnenwalde stationierten Fliegeroffizieren ist gestern vormittag in der Nähe von Münchhausen der Fliegeroffizier Siebert aus einer Höhe von etwa 50 Metern abgestürzt. Er hat am Hals und am Brustkorbe schwere Verletzungen erlitten, während sein Passagier mit leichteren Verletzungen davongekommen ist. Zwei andere Flieger sind bei Zeithain beim Grimma gelandet. — Der Flieger Karaman Laffie, der zum Flug nach Patras aufgestiegen ist, ist bei Korinth abgestürzt und ertrunken.

**Auf einer Autofahrt** von Detmold nach Bielefeld ist Dienstag abend der Ingenieur Petri bei Oerlinghausen tödlich verunglückt. Beim Ausweichen stieß das Automobil gegen einen Gassenstein, wobei Petri herabgeschleudert wurde und das Genick brach. Der Chauffeur blieb unverletzt.

**Der Offiziers-Chrenrat** in Rybnik hat sich, nachdem Amtsrichter Knittel die Forderung des geisteschwachen Hauptmanns Kammler abgelehnt hat, erneut mit der Frage beschäftigt, was nun werden soll, und wie man den Amtsrichter Knittel zum Duell zwingen könne. Knittel scheint der Sache ziemlich würdig gegenüberzutreten, er ist in Urlaub gegangen, um sich von den Strapazen des Prozesses zu erholen.

**Ein Schulinsektor als Literaturüberreter.** Uffschaffung hat das Glück, so schreibt die Berliner Volkszeitung, seit kurzem in der Person des katholischen Pfarrers Hugard einen Schulinsektor zu besitzen, der, wenn seine Methode den gewünschten Erfolg haben sollte, aus der heranwachsenden Generation unserer Stadt die besten Menschen in ganz Europa machen dürfte. Pfarrer Hugard war jahrelang als Lehrer an der Lateinschule Amorsbach Verwalter der dortigen Schülerbibliothek. Während dieser Zeit hat er die Bibliothek aufs gründlichste „sittlich gereinigt“. Fast jedes Buch zeigte Spuren seiner „Verbesserung“, manches nahezu auf jeder Seite. So z. B. Schwabs Sagen des klassischen Altertums. Jede „sittlich“ anzügliche Stelle wurde austriert, dafür wurden andere Worte in nachgeahmter Druckchrift eingesetzt. Auf Sinn und Zusammenhänge wurde dabei wenig Rücksicht genommen, sehr häufig entstand barer Unsinn. Was wurde von Hugard als anständig empfunden? Zunächst gewisse Wörter: Brutt, Herz, Schoß, Hals besonders, wenn sie sich auf weibliche Personen bezogen. Hier ein paar Beispiele: Aus Becksteins Märchen „Das Ruzzweigelein“: „Der Bär drummte, seinen rauhen Kopf auf des Mägdeleins Hand (statt: Schoß) legend.“ Aus G. Schwabs Argonautenage: „Da ward's der Jungfrau, als sie ihr das Herz zu Boden (statt: aus der Brust)“

Aus „Meinager“: „Sie zerschlug sich wehklagend das Haupt (statt: die Brust)“... den Strick um sich selbst (statt: um den Hals) gewunden, fand man die Leiche.“

Aus „Niede“: „Da fuhr plötzlich eine der Schweifern mit der Hand ans Auge (statt: Herz); sie zog einen Pfeil heraus.“

Ferner wurde es als verjüngliche Situation empfunden und deshalb geändert, wenn ein männliches und ein weibliches Weien (gleichgültig welchen Alters) allein beisammen waren, oder wenn eine männliche Person und eine weibliche in irgend einer Weise sich berühren. Dabei wurde nicht halt gemacht vor dem Verhältnis zwischen Bruder und Schwester, zwischen Mutter und Sohn! Ja, selbst auf Tote wird die Berührung ausgebeugt. Im Zuge der Sieben gegen Iteben hieß es ursprünglich:

Antigone hatte sich in der Höhle erhängt. Vor ihr lag ihren Leib umschlingend, dein Sohn Hämön... noch stehend schlang er seinen Arm um die Leiche der Braut und liegt jetzt tot, wie er die Leiche gesägt hatte.“

Gungard änderte das folgendermaßen um: „Vor dem Felten argen (I) oder lag dein Sohn Hämön... noch stehend, riß er die blattige Waffe aus der Wunde und liegt jetzt tot, wie er die Waffe gesägt hatte.“

In Villenras „Kriegsnovellen“ (Auswahl für die Jugend) sind unter anderem die folgenden gesperrten Worte austriert oder unleserlich gemacht:

„Mantel und Hose sind durcheinand in Zehen...“

„Sohn Handschott von Kurajner... Alle gönnten sich das Labial einer Wajchung!“

In betrieblen Duche liegt man jetzt: „Dem jungen Offizier hat der Granatpflücker das Fleisch vom rechten Oberarm (statt: Oberarm) völlig weggerissen.“

„Deren längere Stellen, „sittlich verächtlich“, dann wurden sie einander durch große Klänge und Rednerreden anlehnend gemacht, oder es wurden einfach die betreffenden Stellen herabgeschritten und durch Unnützerien der Zeilenzahlen des verächtlich. Höchstens einige schones Gedicht...“

der ersten Hälfte unleserlich gemacht, weil darin die Erquickung eines Nades geschildert ist! Gustav Schwabs Sagen des klassischen Altertums sind durch Entfernen von Wörtern um etwa die Hälfte vermindert.

So wird in Bayern die Jugend zur „Stittlichkeit“ erzogen!

**Klerikale Denunziation.** Die schwarze Sippschaft, deren Blätter gerade gegenwärtig, wo sie den Kampf um die Jesuiten führen, überfließen von Klagen über Intoleranz, bedient sich der schäblichsten und gemeinsten Mittel, wenn es gilt, Andersdenkende zu bekämpfen. Eben erst wurde berichtet von der Mahregelung eines Unterlehrers in Baden, der nicht dogmengläubig genug war, um die Lehrbefähigung nach klerikalen Anschauungen zu haben. Dieser schnelle Sieg, den der badische Klerikalismus bei der nationalliberalen Regierung erfocht, hat sie nun üppig werden lassen. Der Denunziationen dürfte es also in der nächsten Zeit eine große Menge geben, denn die badische Regierung wird alle Hände voll zu tun haben, entweder die Wünsche der Denunzianten zu erfüllen, oder die unsaubere Gesellschaft nachdrücklich abzuwehren. Soeben schleppt das Mannheimer Zentrumblatt wieder einen Unterlehrer herbei und präsentiert ihn dem nationalliberalen Kultusminister Dr. Böhm mit den Worten: „Wir haben hier in Mannheim nicht nur einige freireligiöse Lehrer... sondern es ist hier... seit Ostern d. Js. ein freireligiöser, d. h. ungläubiger Lehrer im ersten Dienstjahr (Probejahr) angestellt. Es ist dies der Sohn eines sehr bekannten, schon seit einigen Jahren verstorbenen sozialdemokratischen Reichs- und Landtagsabgeordneten. Wir können nicht annehmen, daß der Großherzoglichen Regierung diese Tatsache nicht bekannt ist...“ Diese schuftige Denunziation bezieht sich auf Herrn Felix Dreesbach, den Sohn August Dreesbachs. Der junge Unterlehrer erteilt ebenso, wie seine freireligiösen Kollegen den Kindern der Mannheimer Volksschule lehrplanmäßig freireligiösen Unterricht. Die Stadt Mannheim hatte nach dem Ergebnis der letzten Volkszählung unter ihrer Bevölkerung 4686 Einwohner, die keiner der üblichen Konfessionen angehören, darunter 597 „andere Christen“. Man wird also auf über 3500 freireligiöse Einwohner rechnen dürfen. Und für die Kinder dieser Einwohner wird eben in der Schule freireligiöser Unterricht erteilt. Die neueste Denunziation des Zentrums wird dem badischen Kultusministerium daher auch etwas mehr Schwierigkeiten bereiten, als der erste Vorstoß gegen die Unterlehrer.

**Wo das Zentrum herrscht.** In Trier ist der frühere vom Zentrum abgelehnte Stadtverordnete Dr. Piro, seines Zeichens Arzt, von Polizeibeamten aus seiner Wohnung herausgeholt und mit Gewalt in die Irrenanstalt zu Merzig gebracht worden. Dr. Piro hat sich in letzter Zeit dadurch „lästig“ gemacht, daß er allerlei Dinge an die Öffentlichkeit brachte, die es als unweises Verhalten erscheinen ließen, daß in der Stadt des heiligen Rades sehr viel faul ist. In einem gegen Piro eingeleiteten Beleidigungsverfahren wurde der Antrag gestellt, Piro auf seinen Geisteszustand untersuchen zu lassen!! Piro wurde gerichtlich aufgefordert, sich zur Beobachtung in die Anstalt nach Merzig zu begeben. Er weigerte sich und wurde jetzt mit Gewalt hingebracht. — Am 26. Juli 1912 hat Dr. Piro im Inseratenteil der „Trierischen Zeitung“ folgenden Aufruf erlassen, der für sich selbst spricht: „Mitbürger! Die Ungerechtigkeiten und Rücksichtslosigkeit, mit der von verschiedenen Seiten gegen mich nur aus dem Grunde vorgegangen wird, weil ich, soweit meine Kräfte und Mittel es gestatten, mit Entschiedenheit für die Armen, Kleinen und Schwachen eintrete, zwingt mich, den Schutz der Öffentlichkeit nachzusuchen. Indem ich gegen die gehässige und rohe, Jahre hindurch fortgesetzte Vergewaltigung meiner Person hiermit laut Einspruch erhebe, bitte ich meine Mitbürger, mir ihr Vertrauen unverändert zu bewahren. Dr. Piro, Arzt.“

**Schiffswasser.** Infolge der anhaltenden Regengüsse und des starken Steigens der Nebenflüsse ist der Rhein über die Ufer getreten. Der Pegelstand war nachmittags 3 Uhr 150 Meter. Das Wasser wächst ständig. Auch die Mosel ist seit gestern um annähernd ¼ Meter gestiegen und überflutet die niedrig gelegenen Ufer auf fast der ganzen Länge des Mittellaufes.

**Was war der Grund?** In dem Wejeler Borort Spürenberg haben sich aus unbekannter Ursache zwei Brüder namens Arping erhängt. Kürzlich hatte sich erst ihre Schwester erhängt.

**Töchter Mord.** In einem Dorfe sieben Kilometer von Arraiolos, in der portugiesischen Provinz Alentejo, ist eine Familie von sieben Personen ermordet worden. Als mutmaßlicher Täter wird von den Truppen ein Landwirt gesucht, der in der Nachbarschaft der ermordeten Familie ein Anwesen hatte.

**Die Schlagwetterkatastrophe in Frankreich** — ein kapitalistisches Verbrechen! Ein kapitalistisches Verbrechen schlimmster Art: anders kann man das Grubenunglück von Clarence, das 71 Bergleute das Leben kostete, nicht bezeichnen. Nur die blinde Profitgier der Gesellschaft, nur die unerhörte Vernachlässigung aller Vorsichtsmaßregeln durch die Grubenkapitalisten sind an dem Unglück schuld. Es steht heute fest, daß dem Naturereignis (so bezeichnen ja die Herren gewöhnlich alle Arten von Explosionen zu ihrer eigenen Beruhigung) hätte vorgebeugt werden können. Schon bei dem entsetzlichen aller Grubenunglücke, bei dem von Courrières 1906, konnte festgestellt werden, daß auf Befehl der Geschäftsleitung in den Gruben weitergearbeitet wurde, trotzdem in der einen Feuer ausgebrochen war und trotzdem ein Ingenieur dringend die sofortige Arbeitseinstellung gefordert hatte. In Clarence ging es genau so. Die dortigen Gruben sind bekannt durch ihren Reichtum an Gasen. Da die Bohrungen bis zu 1000 Meter tief hinabgehen, wäre ein mächtiges Ventilatorsystem notwendig gewesen, um für die arbeitenden Bergleute die nötige Sicherheit zu schaffen. Was bis heute in dieser Beziehung getan wurde, ist jedoch völlig unzulänglich. Und die Aktionäre der Gesellschaft haben sich geweigert, entsprechende Verbesserungen durchzuführen, obwohl am 8. Jan. in einem der Gänge Feuer ausgebrochen war. Die Arbeit mußte damals eingestellt werden. Seit jener Zeit wachte man, daß das Feuer nicht erloschen war. Trotzdem beauftragten die Aktionäre in ihrer Versammlung vom 8. Mai, daß die Arbeit wieder aufgenommen werden sollte. Und so liegen die Bergleute wieder in die Gruben hinunter — in eine wahre Hölle. Die Brandstätten wurden, wie feinerzeit in Courrières, verbarricadiert. Und so wenig wie in Courrières hat diese Fando-Vorsichtsmaßregel etwas gewagt. Getan wurde zum Schutze der Arbeiter im übrigen gar nichts. Nur möglichst viel Kohlen herauszuholen, das war das einzige Ziel der Direktion. Die Gruben, die bisher nicht zu den reicheren gehörte, scheint in der letzten Zeit gute Geschäfte gemacht zu haben, und um

der Nachfrage genügen zu können, um die Dividende zu steigern, wurde das Leben der Arbeiter geopfert. Hätte sich die erste Explosion zufällig morgens ereignet, zur Stunde, wo am meisten Bergleute in den Gruben beschäftigt sind, dann wären es nicht 74 Tote, sondern 360 gewesen. „Mord mit Vorbedacht“, das ist die einzige Anklage, die gegen die Direktion der Grubengesellschaft erhoben werden kann. Und „mitchuldig an der Vorbereitung des Mordes“ muß das Urteil für alle Aktionäre heißen. Aber die bürgerliche Gesellschaft mit ihren herrlichen individualistischen Produktionsprinzipien müßte sich ja selbst verdammten, wenn sie diesen Spruch über die Herren der Gruben fällen würde. Ein Minister wird eine Rede halten — vielleicht auch im Namen der Brüderlichkeit einige tausend Frank verteilen, und alles wird bleiben, wie es war, bis die Gruben nicht mehr den Herren gehören.

## Das erfreuliche Ergebnis.

Hurra! Hurra! Hurra! Hurra!  
Das Fleisch wird wiederum teurer —  
Der Wohlstand im Lande Germania  
Ist also ein ungeheurer —

Denn wäre die Kaufkraft nicht so groß  
In des Volkes weitestem Kreise,  
Dann wüchsen auch nicht so grenzenlos  
Die Schweine- und Rindvieh-Preise!

Daß als erfreulich Ergebnis darum  
Die Fleischnot im Reich ihr erscheine,  
Versichert dem staunenden Publikum  
Die „Norddeutsche Allgemeine“!

Sie sagt es ernsthaft und offiziös —  
Den Unfuss zum Steinerweichen,  
O Michel, nimm ihn nur ja nicht böse —  
Er ist auch ein erfreuliches Zeichen!

Er zeigt: der deutsche Patriot,  
Der ist nicht umzubringen —  
Und wenn man ihm Steine reicht, statt Brot  
Er wird sie geduldig verschlingen!

Und wenn zuletzt auch mit blutigem Hohn  
Von oben herab regaliert wird —  
Fest steht und treu die deutsche Nation,  
So schlecht sie auch manchmal regiert wird!  
P i p s (in der „Jugend“.)

## Handels- und Marktnachrichten.

### Lübeker Marktpreise vom 11. September.

Bauern-Butter Pfd. 1,35 Mk., Meierel-Butter Pfd. 1,45—1,50 Mk., Hasen — Mk., Enten 3,00—3,50 Mk., Sühner 1,60—2,20 Mk., Küken Stück 1,00—1,60 Mk., Tauben Stück 50—60 Pf., Gänse Pfd. 85 Pfg., Schinken Pfd. 1,20 Mk., Schweinskopf Pfd. 60 Pfg., Wurst, geräuchert, Pfd. 1,30—1,60 Mk., Tier Stk. 9 Pfg., Kartoffeln 10 Pfd. 40 bis 50 Pfg., Spargel 1. Sorte — Pf., 2. Sorte — Pf., 3. Sorte — Pf., Blumenkohl der Kopf 20—50 Pfg., Kürbisse, hiesige, Pfd. — Pfg., eingeschickte, Pfd. — Pf., Lebende Süßwasserfische: Schleie, Portionsfische Pfd. 1,60—1,80 Mk., größere Pfd. 1,60 Mk., Karpfen, größere Pfd. 1,10—1,20 Mk., kleinere 1—1,10 Mk., Aal, große Pfd. 1—1,10 Mk., mittlere Pfd. 80 Pfg., kleine Pfd. 50 Pfg., Karauschen Pfd. 80 Pfg., Hechte, große Pfd. 80 Pfg., Mittel Pfd. 80 Pfg., Barbe Pfd. 60 Pfg., Brachsen, große Pfd. — Pfg., kleine Pfd. — Pfg., Mand Pfd. — Pfg., Rotaugen, große Pfd. 25 Pfg., kleine Pfd. 10 Pfg., Krebse Pfd. — Pfg., Salzwasserfische: Dorsche, lebende Pfd. — Pfg., frische Pfd. 30—35 Pfg., Butte, größere Pfd. 35—40 Pfg., kleinere 20 Pfg., Steinbutt, lebende Pfd. 80—100 Pfg.

### Getreidepreise.

2. u. 6. d., 11. September.

Weizen, 120—127 Pfd. holl. — — — — — Mk., Roggen 112—120 Pfd., holl. 160—170 Mk., Gerste, nach Qualität 165—190 Mk., Hafer, nach Qualität, 160—185 Mk. altes — Mk., hochfein über Notiz, per 1000 Kilo.

### Hamburger Sternschanz-Viehmarkt vom 9. Sept.

Auftrieb 1106 Schweine. Markt flott geräumt. Es wurden gezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter nebenstehender Tara und für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara: Beste schwere reine Schweine, über 260 Pfd., Tara 20 Proz., 88,— bis 84,— (66,50 bis 67,—) Mk., Mittelschwere Ware, von 240—260 Pfd., Tara 20 Proz., 82,— bis 83,— (65,50 bis 66,50 Mk.), Mittelware, von 200—240 Pfd., Tara 22 Proz., 83,— bis 83,50 (64,50 bis 65,—) Mk., Gute leichte Ware, unter 200 Pfd., Tara 22 Proz., 82,— bis 83,— (64,— bis 64,50 Mk.), Geringere Ware, Tara 24 Proz., 74,— bis 81,— (66,— bis 61,50) Mk., Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Proz., 77,— bis 79,— (61,50 bis 63,—) Mk., Sauen, 2. Qualität, Tara 22 Prozent 73,— bis 77,— (57,— bis 60,—) Mk.

### Butter-Notierungen

d. Landwirtschaftskammer i. d. Provinz Schleswig-Holstein  
Butter-Auktion des ostholsteinischen Meiererei-Verbandes.

Hamburg, 11. Sept.

1. Klasse 392 Drittel zu 128,15 Mk. im Durchschnitt.  
2. „ 30 „ 119,92 Mk.

## Weiteres.

Frage. — „Denke nur, hier lese ich eben, daß sich ein Arzt selbst operiert hat!“ — „Ach nee! Auch ohne Chloroform?“  
Bei der Konjultation. Arzt: „Ich muß Ihnen das Autofahren streng verbieten!“ — „So — und dabei befinden sich zurzeit in Ihrer Behandlung nicht weniger als fünf Personen, die ich überfahren habe!“

Sein Heim. Stromaner: „Mensch, bei dir brennt's ja!“ — „Wie? bei mir?“ — „Ja, in dem Feuchthof hinter auf 'm Feld, da übernachtet du doch immer!“

Freiwillig. — „Hier am Ort existiert noch eine freiwillige Feuermehr?“ — „Natürlich, wer nicht beiträgt, dem schlagen wir die Knochen entzwei!“  
(Aus „Regendorfer Blätter“.)

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.  
Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co.  
Sämtlich in Lübeck.

**Drucksachen** jeder Art für Vereine, Handwerker und Gewerbetreibende werden sauber und pünktlich ausgeführt in der Buchdruckerei des „Lübeker Volksboten“